Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement ,-. Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag **Preis 5,-**

Nr. 13/2. Jahrgang **23. Juni 1977**

Regierung ignoriert Forderungen der Atomkraftwerksgegner - der Kampf wird schärfer

Am 12. Juni haben fast 6000 Menschen in Zwentendorf gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes und gegen die Atommüllagerung im Waldviertel oder anderswo in Österreich demonstriert. Diese 6000 haben die Wünsche hunderttausender Werktätiger in ganz Österreich zum Ausdruck gebracht. An dieser Bewegung kommt die Regierung nicht mehr ohne weiteres vorbei. Da treibt der Bundeskanzler sein Doppelspiel auf die Spitze: „Wenn man nur nach seinem Herzen handeln könnte, würde man liebend gern nachgeben" (Die Presse, 14.6.77). Derselbe Herzensbrecher Kreisky steht nämlich an der Spitze einer Regierung, die nach jeder Klausur offener sagt, was längst beschlossen ist und nun krampfhaft durchzusetzen versucht wird: die Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes in Österreich.

Das Kreisky'sche Doppelspiel hat sichtlich System: Bei den paar ausgewählten Ortstafeln, die in Kärnten nun aufgestellt werden sollen und ein Hohn auf die Erfüllung der Rechte der Minderheiten in Österreich sind, wäre Kreisky persönlich „für eine liberalere Lösung" gewesen - herausgekommen ist unter seiner Federführung die geltende Regelung. Mit der Wehrgesetznovelle samt Zwangsverpflichtungen hat der Kanzler nach eigenen Worten gar nicht viel zu tun, sondern sich nur „dem Wunsch der Militärs gebeugt" - bloß, daß dieses Gesetz in den nächsten Tagen mit den Stimmen der Regierungs- und der anderen Parteien beschlossen werden wird. Man sieht heute deutlicher, als noch zu Beginn der siebziger Jahre: Das Geschäft des Bundeskanzlers und der sozialdemokratischen Regierungspartei im Verein mit den anderen Parteien ist Irreführung und Betrug des Volkes, Niederhaltung der Arbeiterbewegung, Abhalten der Massen vom selbständigen Kampf und Ausführung der Interessen der herrschenden Klasse. Die Durchsetzung des Atomprogramms ist nur eines der Lehrbeispiele dafür.

Mit der Herausgabe des ersten Staribacher-Berichts soll jetzt der Boden bereitet werden für einen Probebetrieb im Zwentendorfer Werk womöglich schon im Juli sowie für die Abstimmung darüber im Parlament im Herbst. Alle Maßnahmen zur Inbetriebnahme erfolgen, ohne daß für den anfallenden Atommüll eine Lagerstätte feststeht.

Die Regierung selbst als ausführendes Organ der Interessen des Finanzkapitals ist es somit, die durch die faktische Ignorierung der Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) die Auseinandersetzung um das österreichische Atomprogramm verschärft.

Das wird sich nicht erst im Herbst zeigen, wenn die Atomkraftwerksgegner den nächsten konzentrierten Stoß gegen die Regierungspolitik führen. Die Verhärtung der Fronten und Verschärfung des Kampfs ist schon heute eine Tatsache. Der Koordinationsausschuß der IÖAG hat im Namen aller Teilnehmer des Protestmarsches am 12. Juni den Appell ausgegeben: „Unterstützen wir die Bevölkerung des Waldviertels, die sich entschieden gegen das geplante Atommüllager wehrt.

Sorgen wir dafür, daß die Brennelemente für den Probebetrieb nicht heimlich nach Zwentendorf gebracht werden können. Bestehen wird darauf, daß die verantwortlichen Politiker noch vor der Parlamentsdebatte der Bevölkerung Rede und Antwort stehen müssen."

Jede einzelne dieser Kampfaufgaben fordert heute schon höhere Entschlossenheit und Einigkeit als eine Protestaktion noch vor ein paar Wochen und Monaten. Jeder einzelne dieser Kämpfe stellt das imperialistische Atomprogramm, das nun in Österreich auf dem Sprung in seine profitbringende Phase für die Elektrizitätsgesellschaften ist, viel unmittelbarer in Frage, als etwa die Umfunktionierung von Regierungsveranstaltungen im Frühjahr.

Das angebliche Volksfest in Zwentendorf: Größte Massendemonstration seit Jahren

Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke, die hauptsächlich gestützt auf demokratische Komitees seit letztem Herbst kontinuierlich auf ein Mehrfaches der ursprünglichen aktiven Kämpfer angewachsen ist, hat mit dem Protestmarsch Tulln-Zwentendorf im Juni 1977 eine der größten, geschlossensten und eindruckvollsten Demonstrationen in Österreich in den letzten Jahren durchgeführt. Das ist eine hervorragende Rückenstärkung für die bevor-

Fortsetzung auf Seite 4



Aus dem Inhalt:

Gegen die chauvinistische Amtssprachen- und Ortstafelregelung! **Seite 3**

Kampf gegen die Wehrgesetznovelle **Seite 10**

Gehaltsabschluß im öffentlichen Dienst

Der Erfolg der Regierung wird nicht von Dauer sein

Beim Verhandlungstermin am 20.6. wurde von seiten der Führungen der vier Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (Bundesbeamte, Eisenbahner, Postler, Gemeindebedienstete) das provokante Angebot, das die Regierung am 31.5. vorgelegt hatte, akzeptiert. Das Angebot vom 31.5. war ein derart harter und kompromißloser Vorstoß der Regierungsvertreter gegen die Forderungen der Gewerkschaften (9,75 %, mindestens 600,-) gewesen, daß nicht einmal diese Gewerkschaftsführer, die – von Pöder bis Sommer – überall und jederzeit die Interessen des bürgerlichen Staates an die erste Stelle zu setzen bereit sind, es gewagt hatten, diese Provokation (7,9%, mindestens 500,-, Zustimmung zu einer Erhöhung des Pensionsbeitrages) anzunehmen. Insbesondere gegen das unzumutbare Verlangen, als Vorbedingung für höhere Gehälter einer Beitragserhöhung zuzustimmen, hatten sie sogar ausdrücklichen Protest erheben müssen.

Der jetzt erfolgte Abschluß unterscheidet sich um 0,1 % (!) vom damaligen Angebot der Regierung, allerdings wurde dafür gleich einer 2 %igen (am 31.5. war nur 1 % im Gespräch) Erhöhung des Pensionsbeitrages – aufgeteilt auf 4 Jahre – zugestimmt. Auf den ersten Blick also ein bedingungsloses Einschwenken der Gewerkschaftsführung auf die Regierungspläne und deren hartes Vorgehen, das sie bei der Klausur in Herrnstein noch einmal bekräftigt hatte.

Mindestbetrag und Pensionsbeiträge

Diese beiden Verhandlungsergebnisse sind von weit über den Öffentlichen Dienst hinausgehender Bedeutung.

Die „Kompromißbereitschaft" der Regierung beim Mindestbetrag (statt 500,- jetzt 550,-) widerspricht ihrem sonstigen Vorgehen. Sie ist nur zu verstehen, wenn man sich das katastrophale Gehaltsniveau der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst vor Augen hält: Fast 60 % z. B. der Bundesbeamten verdienen unter 7.500,-, über 12 % davon sogar unter 5.000,- brutto. Für den größten Teil von ihnen tritt der Mindestbetrag in Kraft, ohne Mindestbetrag würde für sie die Gehaltserhöhung um 8 % (bei Berücksichtigung der steigenden Abzüge) fast nur mehr als Farce bezeichnet werden können. Daß das zu einem Ausbruch des sowieso schon massiv vorhandenen Unmuts über die miese Gehaltssituation und das Vorgehen der Regierung führt, hat die Regierung veranlaßt, hier „nachzugeben". Obwohl es bei allen anderen Lohnverhandlungen seit dem Herbst erklärtes Ziel der Dienstgeberseite war, jede Forderung, die nur irgendeinen Ansatz zur Herstellung der Einheit und zum Schutz der am schlechtest bezahlten Beschäftigtengruppe bot, mit allen Mitteln vom Tisch zu bringen (Sockelbetrag bei den Handelsangestellten, Mindestforderung bei den Industrieangestellten).

In negativer Hinsicht von Bedeutung ist die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zur Erhöhung der Pensionsbeiträge bei den Gehaltsverhandlungen. Auch in dieser Richtung gibt es seit Jahren Vorstöße von Kapitalistenvertretern, wie z. B. bei den Verhandlungen 1975/76, als den Industrieangestellten die Zustimmung zu arbeitsrechtlichen Verschlechterungen aufgezwungen werden sollte. Dieses in den letzten Jahren beispiellose Vorgehen verdient die klare Verurteilung quer durch alle Gewerkschaften.

Fortsetzung auf Seite 7

KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad: Eine Tribüne der Rivalität der Supermächte und ihrer Kollaboration beim Betrug an den Völkern der Welt

Am 19. Juni hat in Belgrad die Nachfolgekonferenz der KSZE in Helsinki begonnen. Genau genommen hat die erste Phase dieser Konferenz oder eine Art Vorkonferenz begonnen, in der Diplomaten und „Experten" bis Ende Juli darüber verhandeln werden, wie die eigentliche Hauptkonferenz, die im September oder Oktober beginnen soll, aussehen soll, vor allem, welche Tagesordnungspunkte sie haben soll. Beschickt soll sie mit Staatssekretären werden. Die ersten Tage der Vorkonferenz haben die Einschätzung, die wir im „Klassenkampf" Nr. 12/77 gegeben haben, bestätigt. Der folgende Artikel baut auf dieser Einschätzung auf und entwickelt sie in einigen Punkten weiter bzw. faßt sie konkreter.

Der Propagandakrieg um die „Menschenrechte" ist Ausdruck der Rivalität der Supermächte

In den ersten Tagen nach der Eröffnung der Belgrader Konferenz bieten die Vorgänge auf und um diese Konferenz ein widersprüchliches Bild. Zunächst wurde sie „überschattet" durch neue Vorstöße der USA und anderer westlicher Imperialisten in ihrer „Menschenrechtskampagne". Diese Kampagne ist gegenwärtig das wichtigste ideologische Kampfmittel des US-Imperialismus gegen seinen sozialimperialistischen Rivalen. Sie ist der ehrgeizige Versuch des US-Imperialismus, aus der Defensive und einer gewissen Passivität gegenüber dem Vormarsch der SU herauszukommen. Sie bedeutet eine nachhaltige Intensivierung des Hegemoniestrebens und der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus. Das amerikanische Volk und die Völker Westeuropas sollen getäuscht und für die internationale Politik der USA gewonnen, die westlichen Imperialisten Europas sollen hinter der US-Politik vergattert, die Infiltration in den Osten soll verstärkt werden.

Gerade unmittelbar vor der Eröffnung der Belgrader Konferenz hat Carter den Kurs der offenen ideologischen Konfrontation auf dem Gebiet der „Menschenrechte" bekräftigt und die USA haben sich bemüht, unter Beweis zu stellen, daß es ihnen mit den „Menschenrechten" ernst ist – zuletzt bei der OAS-Konferenz in Grenada.

Kein Wunder, daß das erste Wort des sowjetischen Delegierten in Belgrad darin bestand, gegen diese Kampagne aufzutreten und die USA der Verletzung des „Geistes von Helsinki" und der Gefährdung eines Erfolges, ja sogar des Stattfindens der Belgrader Konferenz zu beschuldigen. Die SU will mit allen Mitteln verhindern, daß die US-„Menschenrechtskampagne" der Belgrader Konferenz ihren Stempel aufdrückt. Sie beginnt sich nämlich erst langsam auf die neuen Elemente in der US-Politik einzustellen, auf sie zu kontern und sich entsprechende Waffen und Instrumente zu schmieden. Sie tut das in den letzten Wochen sehr beschleunigt, um den USA das Heft, das diese zumindest auf ideologischem Gebiet zeitweilig und in gewissem Maß in die Hand bekommen haben, wieder zu entreißen.

Von größter Bedeutung ist hier die neue Sowjetische Verfassung, die nicht zufällig nach jahrelanger Ankündigung jetzt im Eilzugtempo durchgebracht werden soll. Abgesehen davon, daß diese Verfassung die Restauration des Kapitalismus in der SU und den Sozialimperialismus kodifiziert, billigt sie dem sowjetischen Volk auf dem Papier weitgehende demokratische „Rechte" zu, die zwar ein Hohn sind angesichts der tatsächlichen faschistischen Verhältnisse in der SU, mit denen aber der Sozialimperialismus zweifellos überall hausieren gehen wird.

Zugleich tragen die Sozialimperialisten seit kurzem fieberhaft alles Material über die „Verletzung der Menschenrechte" im Westen zusammen – von der Lage der Neger in den USA über die Lage der ausländischen Arbeiter bis zu den Verbrechen des britischen Kolonialismus in Irland und dem „Radikalenerlaß" in der BRD; auch das „Menschenrecht auf Arbeit" sei im Westen nicht gewährleistet; daß etwa die Minderheitenpolitik der österreichischen Regierung nicht ins Schußfeld des Sozialimperialismus gerät, liegt nur daran, daß er auf Österreich als auf eine wichtige indirekte Reserve in Belgrad setzt.

Gegenüber den CSSR-Dissidenten wird offenbar die Kombination verschärfter Unterdrückung im Inneren mit dem Sich-Entledigen durch Abschieben ins Ausland verfolgt.

Beide Supermächte verbindet das gemeinsame Interesse am Entspannungsschwindel

Alle diese Vorgänge sind Ausdruck der Verschärfung der Rivalität der Supermächte. Neben ihrer Rivalität gibt es ihre Kollaboration. Es gibt das gemeinsame Interesse, in Belgrad ihr Ringen um die Weltherrschaft und ihre Kriegsvorbereitungen zu verschleiern und den Rauchvorhang der Entspannung aufrechtzuerhalten. Die Völker sollen betrogen und so vom Handeln, das heißt vom Kampf gegen die Supermächte und den Krieg abgehalten werden, damit diese in ihrem Handeln und in ihrer Rivalität freie Bahn haben.

Das Gegenstück des verstärkten Propagandakrieges auf dem Gebiet der „Menschenrechte" rund um die Belgrader Konferenz ist die bisher „realistische" und „pragmatische" Haltung der Supermächte auf der Konferenz selbst. „Die....Formulierung, die Belgrader Folgekonferenz dürfe kein Tribunal, keine Konfrontation entgegengesetzter Positionen werden, sondern ein Rechenschaftsbericht, eine Analyse dessen, was erreicht und was nicht erreicht wurde, und auch dies im Sinne einer konstruktiven Weiterführung der Zusammenarbeit im 'Geist von Helsinki', hat sich offensichtlich durchgesetzt", berichtete die „Presse" aus Belgrad (15.6.) Es handelt sich hier einfach um zwei Seiten des Ringens der Supermächte, die bis jetzt nicht beide auf der Konferenz zum Ausdruck kommen, sondern als „Arbeitsteilung" zwischen der Konferenz selbst und dem parallel geführten Propagandakrieg. Weder die eine noch die andere Seite darf man verabsolutieren, außerdem muß es nicht immer so wie heute bleiben, insbesondere nicht bei der eigentlichen Hauptkonferenz im Herbst.

Beide Seiten haben übrigens eine wichtige Gemeinsamkeit: Sie lenken beide von der Gefahr eines Weltkrieges zwischen den Supermächten und deren Kriegsvorbereitungen ab bzw. vernebeln diese Tatsache. Das liegt zutiefst im gemeinsamen Interesse der USA und der SU und es handelt sich hier um ein ganz elementares Interesse, um unter den heutigen Umständen den Entspannungsbetrug fortsetzen zu können, ein Betrug übrigens, an dem der Sozialimperialismus – der aggressivere Räuber, der mehr zu verbergen hat – nach wie vor das größere Interesse hat.

Die österreichische Regierung leistet den Supermächten Vorschub

Gegenüber der Politik des US-Imperialismus fällt in der Position der österreichischen Regierung in und zu Belgrad zunächst eine sehr pessimistische und defensive Haltung auf. Es gelte in Belgrad, „das Erreichte zu sichern und nach Möglichkeit auszubauen", „so daß zumindest bewahrt bleibt, was damals in Helsinki eingeleitet worden ist", aber „viel ist nach Lage der Dinge nicht zu holen" („Presse", 14.6.) Diese Haltung ist kein Wunder. Sie ist Ausdruck der Krise, in die die Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik heute, besonders seit ihrem Höhepunkt in Helsinki, geraten ist. Tag für Tagen schlagen ihr die Tatsachen immer heftiger ins Gesicht. Allerdings hat die österreichische Bourgeoisie aus ihrer ganzen internationalen Position heraus das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Form der Konfrontation der Supermächte, die man mit „Entspannungspolitik" umschreibt. So ist der Wunsch Vater des Gedankens und sie tut das ihre, um die „Entspannungspolitik" aufrechtzuerhalten.

Massiv fortgesetzt wird auch die Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus und dementsprechend eine reservierte Haltung gegenüber den neuen Elementen in der US-Politik. „Während Präsident Carter in seinem missionarischen Drange in Belgrad durchaus ein 'Putsch' zugunsten der Menschenrechte zugemutet werden kann", liege es im Interesse der neutralen Länder, „den zu erwartenden Zusammenprall zu mildern", „Tonfall und Atmosphäre der Konferenz sachlicher zu gestalten" (alles: AZ, 14.6.), „eine Konfrontation zwischen den Blöcken nach Möglichkeit zu verhindern" (Pahr, lt. AZ 14.6.). In einem Leitartikel der OÖN (16.6.) wird vor der „Gefahr einer Verselbständigung" der Carter'schen „Menschenrechtskampagne" gewarnt, die inzwischen vielleicht mehr Schaden als Nutzen bringe. Außerdem: „Es kann kein Staat von sich behaupten, alle Punkte der KSZE-Akte zur Gänze und vorbildlich erfüllt zu haben." (AZ, 14.6.) Hier wird der Sozialimperialismus direkt in Schutz genommen. Auch klingt bei Pahr der Versuch an, die US-„Menschenrechtsattacken" in das ruhigere Fahrwasser einer „sachlichen und gemeinsamen Behandlung der humanitären Festlegungen von Helsinki" umzulenken und sie so zu entschärfen.

Es ist verständlich, daß die österreichische Politik das Lob des Sozialimperialismus erntet. Unter der stolzen Schlagzeile „Österreichs positive Rolle. Eine sowjetische Stimme zur Belgrader Konferenz" wird in der AZ vom 16.6. eine Stellungnahme des Nowosti-Korrespondenten Dubrowin gebracht, die mit den Worten beginnt: „Die positive Rolle Österreichs bei der KSZE-Konferenz in Helsinki ist allgemein bekannt." Es wird dann die „bedeutende Rolle" gewürdigt, die ein kleiner Staat „bei der Festigung des Friedens" usw., d.h. bei dem, was sich der Sozialimperialismus darunter vorstellt, haben kann, und an die wirtschaftlichen, politischen und sicherheitsmäßigen Vorteile appeliert, die so eine Politik Österreich bringt.

Den Hauptvorteil der Politik Österreichs bei der KSZE und in Belgrad ziehen aber zweifellos die Supermächte und hier wieder vor allem der Sozialimperialismus. Das sieht man auch an den konkreten Vorschlägen Kreiskys für Belgrad. Sie konzentrieren sich auf Korb 2, also die „wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit", worauf sich bekanntlich auch das sowjetische Interesse zwecks Infiltration Westeuropas konzentriert hat und weiterhin konzentriert. Breschnews Vorschläge, die Ost-West-Zusammenarbeit auf den Gebieten Energie, Verkehr und Umwelt zu verstärken wurden zunächst von Kreisky begrüßt, dann konkretisiert (siehe AZ 14.6.) und auch als Vorschläge Österreichs in Belgrad festgelegt. Die Krönung ist es aber sicher, wenn Kreisky in einem Interview mit dem westdeutschen Fernsehen am 13.6. zu den Vorschlägen Breschnews erklärte: „Es ist mir furchtbar peinlich, wenn ich das hier sagen muß – es sind das die drei Vorschläge, die ich bei der Helsinkikonferenz (schon 1975) gemacht habe."

Außer diesen inhaltlichen Vorstößen, die abgesehen von der Förderung der eigenen kapitalistischen Geschäftemacherei dem Sozialimperialismus Tür und Tor öffnen, hat sich Österreich auch noch anders für die „Entspannungspolitik" stark gemacht. Jetzt schon wird von Pahr Wien als Ort einer weiteren Nachfolgekonferenz 1979 vorgeschlagen und es wird eine „höhere Ebene" dieser Konferenz, nämlich auf Ministerebene, propagiert. Dementsprechend muß jetzt schon dagegen aufgetreten werden.

Die österreichische Bourgeoisie – „Diener zweier Herren"?

Es ist wichtig, daß man sich nicht durch einzelne Erscheinungen beirren läßt, sondern sich ein allseitiges Bild von der österreichischen Außenpolitik macht. Nicht der Fall ist das sicher, wenn in der letzten „Volksmacht" (Zeitung der VRA-„Vereinigung Revolutionärer Arbeiter") die österreichische Regierung in dem Sinn als „Diener zweier Herren" dargestellt wird, als ob sie ständig zwischen der Unterordnung unter die eine oder die andere Supermacht schwanke, in Helsinki 1975 das Spiel des Sozialimperialismus gespielt habe (damals konnte man übrigens in der „Volksmacht" lesen, daß die österreichische Bourgeoisie inzwischen aus einem „Diener zweier Herren" mehr oder weniger zu einer Agentur des Sozialimperialismus geworden sei. Das ist stillschweigend wieder revidiert worden) und jetzt sich eher wieder für die US-Politik unter Carter und seine „Menschenrechtskampagne" stark mache. Was hier hauptsächlich hin und her schwankt und völlig haltlos ist, ist die Position der VRA, während die Politik der österreichischen Regierung ihren „Halt" an ganz bestimmten materiellen Interessen und an einer ganz bestimmten objektiven Situation findet, d.h. gesetzmäßig dadurch bestimmt wird. Was die VRA vernachlässigt, ist eine marxistisch-leninistische Analyse dieser Interessen und dieser Situation und wie sie sich in der Politik äußern. Eine solche Analyse muß zunächst eine beträchtliche Abhängigkeit – mit der ökonomischen Abhängigkeit als Kern – von den USA und der BRD und enge Verbindungen zu den westlichen Imperialisten feststellen. Dementsprechend bereitet sich die österreichische Bourgeoisie an der Seite der NATO und somit unter dem Oberkommando der USA auf den drohenden Krieg vor und koordiniert ihre ganze Politik weitgehend mit den westlichen Imperialisten. Das tut sie auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen. Auf derselben Grundlage versucht sie unter Ausnutzung der Neutralität eine gewisse selbständige Rolle im gegebenen Rahmen zu spielen. Da sie kein Interesse am sofortigen Ausbruch des Kriegs zwischen den Supermächten haben kann, weil sie dadurch so oder so vollständig unter deren Räder kommen würde, wird sie zum engagierten Vertreter der Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik. Damit spielt sie das Spiel beider Supermächte. Zugleich kommt sie, während sie in hohem Maß von den USA abhängig ist, doch in gewisse Widersprüche zum Kurs Carters der offenen Konfrontation und macht sich (vor allem auf ideologischem Gebiet) in mancher Hinsicht direkt zum Agenten des Sozialimperialismus. Daß sie zugleich auch an der „Menschenrechtskampagne" des US-Imperialismus teilnimmt, widerspricht dem zwar, aber dieser Widerspruch ergibt sich aus der Lage und den Interessen der österreichischen Bourgeoisie. Der Ausdruck „Diener zweier Herren" kann daher bestenfalls gewisse Erscheinungen in der österreichischen Politik charakterisieren, aber es sind eben Erscheinungen auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenem Gewicht. Der Ausdruck ist auf jeden Fall unzureichend, um die internationale Politik der österreichischen Bourgeoisie zu erfassen.

W.L.

Gegen die chauvinistische Amtssprachen-und Ortstafelregelung!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Minderheiten!

In den letzten Tagen haben führende Regierungs- und Parteienvertreter erklärt, daß die neuen Verordnungen endlich die noch offenen Fragen des Staatsvertrages lösen würden und daß jetzt wieder Ruhe und Eintracht in Kärnten einziehen könne. Kanzler Kreisky ließ zwar durchblicken, daß er für eine „großzügigere" Lösung gewesen wäre, daß aber auch das „Erreichte" für die Slowenen akzeptabel sei. Der Kärntner Landeshauptmann Wagner läßt kaum eine Gelegenheit verstreichen, um an die „Kärntner Bevölkerung zu appellieren", Verständnis für die neue Regelung aufzubringen und sich dem Staate zu fügen.

Die „väterlichen" Mahnungen an den Kärntner Heimatdienst – „Wir werden die Ortstafeln immer wieder aufstellen" – bringen die Absicht der Regierung und der drei Parteien zum Ausdruck, die Verordnungen wirklich durchzuführen. Deshalb verbindet Wagner die Appelle an die Deutschnationalen mit Drohungen gegen die Kärntner Slowenen: Jeder im Lande habe mit der Regelung zufrieden zu sein, wer dies nicht ist, sei ein Unruhestifter und sei entsprechend zu behandeln.

Haben nun die Kärntner Slowenen, die seit Jahren und Jahrzehnten um ihre Gleichberechtigung kämpfen, Ursache zufrieden zu sein?

Die neuen Verordnungen erkennen kein zweisprachiges Territorium an, höchstens einige zweisprachige Gebiete am Rande der Karawanken. Selbst die zentralen Orte in mehrheitlich slowenisch besiedelten Gebieten sind von der Ortstafelregelung ausgenommen! Für mehr als die Hälfte der Kärntner Slowenen macht die neue Amtssprachenregelung den Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen Leben unmöglich!

Die neuen Verordnungen festigen noch die Herabwürdigung des Slowenischen im öffentlichen Leben zu einer Hilfssprache. Sie verankern ausdrücklich das Dolmetschprinzip!

Die neuen Verordnungen setzen voll und ganz die chauvinistische Tradition fort, die Existenz einer slowenischen Hochsprache zu leugnen und den Kärntner Slowenen Deutsch als einzige kultivierte Sprache aufzuzwingen.

Die Kärntner Slowenen haben also nicht bloß alle Ursache, mit den neuen Regelungen unzufrieden zu sein, sondern auch alle Ursache, den Kampf gegen die neuerliche Diskriminierung ihrer Sprache und Kultur den Kampf fortzusetzen. Die Kärntner Slowenen haben sich in den letzten Wochen noch enger zusammengeschlossen, haben sich durch die Prozesse und Anklagen nicht einschüchtern und spalten lassen und sie werden die Aufstellung der Ortstafeln und die Durchführung der reaktionären Amtssprachenregelung nicht widerstandslos hinnehmen. Die Einheit der Kärntner Slowenen hat der Regierung in den letzten Tagen einen neuen Schlag versetzt: So weigerte sich der Präsident des Achomitzer Skiklubs, der bisher dazu unter Umständen bereit gewesen wäre, in den Beirat zu gehen, da dies die Slowenenorganisationen auch nicht täten.

Wie die Kärntner Slowenen allen Grund haben, die neuen Verordnungen zu bekämpfen, so auch die klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich.

Die Maßnahmen der Regierung festigen den Zustand der Vorenthaltung wichtiger politischer Rechte für die Minderheiten – Rechte, die diese brauchen, um voll am Klassenkampf teilnehmen zu können, woran die österreichische Arbeiterklasse aber alles Interesse hat.

Die neuen Verordnungen sind Produkte des Chauvinismus der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie, ihrer Verachtung des Slawischen und der Slowenen selbst. Die neuen Verordnungen schaffen selbst neue Ansatzpunkte für den Chauvinismus und die deutschnationale Hetze. Sie tragen die Spaltung der österreichischen Arbeiterklasse durch den Chauvinismus in sich, der diese nur durch das entschiedenste Eintreten für die volle Gleichstellung der Kärntner Slowenen und ihrer Sprache begegnen kann.

Somit haben also auch die klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich alles Interesse daran, daß die Pläne der Regierung, die Verordnungen ruhig über die Bühne zu bringen, nicht aufgehen.

Der Kampf gegen die Durchführung der Verordnungen beginnt!

Die beiden Organisationen der Kärntner Slowenen haben nicht nur klar ihre Ablehnung der beiden Verordnungen erklärt, sondern auch bereits entschiedene Kampfschritte und Protestaktionen gegen die diskriminierenden Neuregelungen angekündigt.

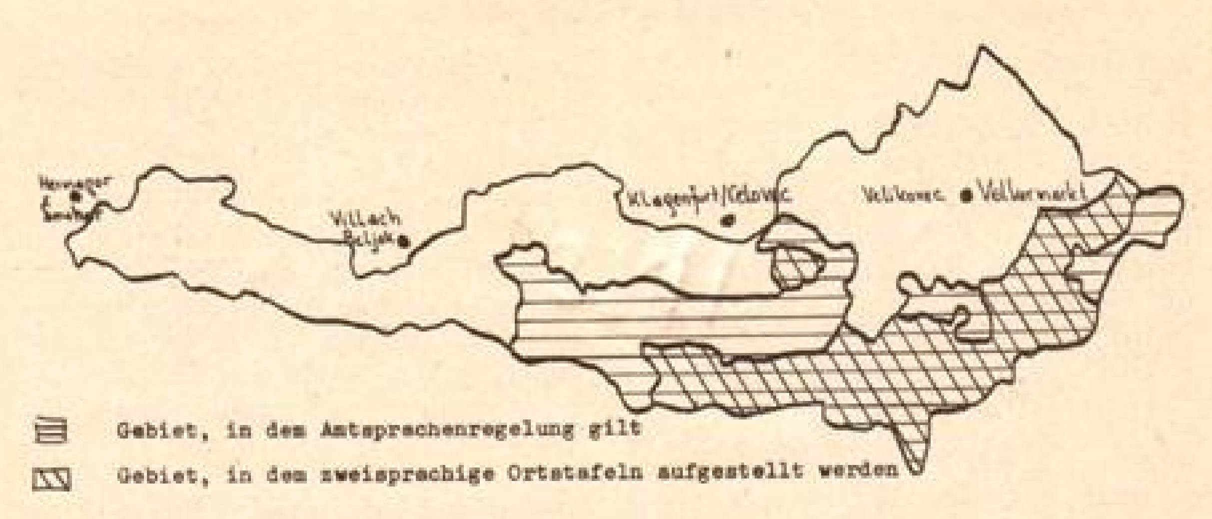
Bereits jetzt ist bekannt, daß das Klagenfurter Personenkomitee den Vorschlag gemacht hat, in ganz Klagenfurt eine Unterschriftenaktion an den Bürgermeister für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln einzuleiten, weiters im ganzen Land eine Plakataktion um den 1. Juli gegen das Inkrafttreten der Verordnungen durchzuführen. In Wien wird am 1. Juli in der Fußgängerzone in Favoriten eine Protestkundgebung stattfinden, bei der alle fortschrittlichen Menschen ihren Protest gegen das Inkrafttreten der Verordnungen zum Ausdruck bringen sollen. Auf der Protestkundgebung wird auch ein slowenischer Chor auftreten.

So konzentrieren sich alle bürgerlichen Kräfte mit der SP-Regierung an der Spitze darauf, die Verordnungen über die Bühne zu bringen und einen aktiven Widerstand gegen sie zu verhindern. Die KPÖ-Revisionisten leisten ihnen dabei auf ihre Weise Schützenhilfe, wenn sie die Regierung zur Durchführung der Verordnungen gegen den Kärntner Heimatdienst auffordern.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, aktiven Widerstand gegen ihr Inkrafttreten und ihre Durchführung zu entfalten. Wenn es der Regierung mit den Verordnungen wieder nicht gelingt, die Widersprüche zu dämpfen, d.h., wenn es offensichtlich wird, daß die Kärntner Slowenen und breite Teile der fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich in den nächsten Wochen und Monaten noch breiter und entschlossener ihren Protest gegen Dikriminierung und Chauvinismus zum Ausdruck bringen, dann erleidet die Regierung nach dem Scheitern der Minderheitenfeststellung einen weiteren ernsten Rückschlag und die Bewegung kann Kräfte sammeln, um sich auf die Durchsetzung der notwendigen politischen Rechte für die Minderheiten vorzubereiten.

F.

Das zweisprachige Gebiet und die Geltungsbereiche der Amtssprache und Ortstafelregelung



Die Karte zeigt, daß die neuen Regelungen nur für weniger als die Hälfte des zweisprachigen Gebietes gelten.

Slowenische Ortsnamen amtlich verfälscht

Vor kurzem hat der Hauptausschuß des Nationalrats unter anderem auch die Verordnung über die „slowenischen" Bezeichnungen jener Orte genehmigt, wo zweisprachige Aufschriften angebracht werden sollen. Im Gesetz heißt es dazu, daß dabei „auf die örtliche Übung und auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung Bedacht zu nehmen" ist. Dies bedeutet praktisch, daß für „-dorf" konsequent der slowenische Dialektausdruck „ves" an Stelle des schriftslowenischen „vas" verwendet wird.

Es ist lehrreich, sich die „wissenschaftliche Forschung" näher anzusehen, auf die so gewissenhaft „Bedacht genommen" wurde. Es ist das jene Sorte von Forschung, die im „Kärntner Landesarchiv" betrieben wird von den Herren Neumann (Direktor) und Ogris. Diese Herren stützen sich dabei u.a. auf das „Kärntner Ortsnamenbuch" von Dr. Eberhard Kranzmayer, der in der Nazi-Zeit Leiter des „Instituts für Kärntner Landesforschung" in Bled (Veldes) war. Dieses Institut sollte mit „wissenschaftlicher Gründlichkeit" die Germanisierung Südkärntens und Oberkrains durchführen, denn neben das Schwert mußte man auch noch die Wissenschaft stellen, um den Erfolg herbeizuführen (so im Jahr 1941 Dr. Starzacher, Stabschef des damaligen „Amtes zur Festigung des deutschen Volkstums" in Bled).

Wen wundert es, wenn die Bourgeoisie heute neben der Einengung der Rechte der Slowenen auf 1/6 des zweisprachigen Gebiets auch wieder die „Wissenschaft" stellt, um zu „beweisen", daß es in Kärnten eigentlich keine slowenische Hochsprache, höchstens einige Slowenen gibt, die komische Mundarten sprechen, für die es aber eigentlich nur eine Hochsprache gibt – das Deutsche.

vs

Die Kärntner FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten" kennzeichnet treffend die neue Amtssprachenregelung, wenn sie schreibt:

Was bedeutet das Dolmetscherprinzip?

Die FPÖ hat in langen Verhandlungen erreicht, daß nach dem Volksgruppengesetz Slowenisch neben der deutschen Amtssprache als Dolmetschersprache zulässig ist. Die Einstellung zusätzlicher doppelsprachiger „Beamter" wird dadurch unnötig.

Ein Beispiel: Jemand ist in einer Gemeinde, für die die Amtssprachenregelung gilt, zu einer Bauverhandlung geladen. Will er bei dieser Bauverhandlung die slowenische Sprache neben der deutschen Amtssprache anwenden, muß er dies rechtzeitig – also vorher – der Behörde bekanntgeben, oder eine Eingabe in slowenischer Sprache abfassen. Die Behörde wird dann einen Dolmetscher zur Verfügung stellen. (§ 15 VVG). Gleiches gilt für die Bezirkshauptmannschaften (= Bezirksverwaltungsbehörden). Kommt es dort zu einer mündlichen Verhandlung, muß die Verwendung der slowenischen Sprache neben der deutschen Amtssprache, z. B. in einer gewerberechtlichen Angelegenheit, ebenfalls vorher beantragt werden oder eine schriftliche Eingabe in Slowenisch verfaßt werden. Erst dann ist die Behörde verpflichtet, einen Dolmetscher beizuziehen.

Prozesse gegen slowenische Aktivisten

Während die Hauptprozesse gegen die slowenischen Aktivisten aus Sele/Zell und gegen F. Warasch noch hinausgezögert werden, wurde M. Perc, ein anderer junger Slowene, wegen versuchter Sachbeschädigung bereits verurteilt. Das Bezirksgericht in Klagenfurt verurteilte ihn wegen der slowenischen Beschriftung eines Bahnhofes zu S 1.000,– Geldstrafe. Er legte aber Berufung ein.

Für den Prozess gegen F. Warasch und gegen die vier jungen Leute aus Sele/Zell wird eine Verlegung des Prozesses außerhalb des Gerichtssprengels Graz (dazu gehört auch Klagenfurt) angestrebt. Da diese Anträge vom Obersten Gerichtshof in Wien behandelt werden müssen, werden die Prozesse nicht vor Herbst dieses Jahres stattfinden. Bezüglich des Prozesses gegen F. Warasch häufen sich Hinweise und Artikel über die Unglaubwürdigkeit des Hauptzeugen der Anklage, Güttler. Das jetzt vorliegende Material läßt die Konstruiertheit der Anklage gegen Warasch immer deutlicher werden.

Zur Anklage gegen die vier jungen Slowenen haben sich die slowenischen Organisationen klar geäußert. Jüngst schrieb die Zeitung „Nas Tednik": „Die Beschuldigten wollten nichts anderes, als ihrem Volk einen guten und notwendigen Dienst erweisen und es vor einem drohenden bedeutenden Nachteil bewahren."

Kärntner ÖVP Landesrat für neue Kaserne im „Grenzland"

Der Kärntner ÖAAB-Obmann Knafl erklärte jüngst in einer Grundsatzrede zum Minderheitenproblem, daß Südkärnten immer mehr slowenisch verfremdet werde – unter aktiver Beihilfe des Auslandes –; dies mache das entschiedene Eingreifen des Bundes nötig. Aus „sicherheitspolitischen" Gründen müsse eine neue Kaserne im Grenzland neben der Bleiberger Kaserne errichtet werden.

Der ÖVP-Mann stellte in seiner Rede die Notwendigkeit der neuen Kaserne vor allem aus innenpolitischen Gründen heraus – im Zusammenhang mit dem Kärntner Minderheitenproblem. Um der Bevölkerung Schrecken und Angst einzujagen, wies er noch auf ein wachsendes „Angstgefühl der deutschen (!) Mehrheit Kärntens" hin. Der Vorschlag des Kasernenneubaus, der von Bundesheervertretern als überflüssig zurückgewiesen wurde, dient wie die ganze Rede vor allem der Aufheizung des chauvinistischen Klimas und der Einschüchterung der Kärntner Slowenen. Außerdem dient er der Festigung der alten chauvinistischen Lüge von den von außen gelenkten Unruhestiftern.

Regierung ignoriert Forderungen der Atomkraftwerksgegner – der Kampf wird schärfer

Fortsetzung von Seite 1

stehenden Aufgaben. (siehe Bildreportage über den 12. Juni auf der letzten Seite).

Das sogenannte Volksfest war in Wirklichkeit eine in mehrfacher Hinsicht sehr erfolgreich verlaufene Demonstration, bei der die Massen von Anfang bis Ende die Initiative innehatten. Wenn es etwas „typisch Österreichisches" an der Taktik des Gegners war, dann nicht, daß keine Polizeikräfte im Einsatz standen, sondern daß die große Masse des Aufgebots im Werk und im Gebüsch versteckt lauerte. Wenn etwas „typisch Österreichisches" an der Sternfahrt und Demonstration der IÖAG war, so die beachtliche Geschlossenheit und Einheit aller irgendwie bedeutsamen Atomkraftwerksgegnergruppen im Hinblick auf das Hauptziel der Aktion: Kein Probebetrieb in Zwentendorf. Darum mußte zwar überall gekämpft werden, und z.B. in der Tullnerfelder Gruppe bis hin zum Aufmarsch, aber es konnte durchgesetzt werden. Die Antwort der Regierung auf die Demonstration besteht eben darin, daß sie noch hektischer und unverschämter versucht, das baldige Anlaufen des Werks zu betreiben.

Gerade für die daraus folgende verschärfte Auseinandersetzung war der Aufmarsch vom 12. Juni wichtig, weil er Aktivisten aus allen betroffenen Gegenden, wo der Widerstand am ausgeprägtesten ist - Vorarlberg, St. Pantaleon, Waldviertel - zusammen - und ins Tullnerfeld gebracht hat und insbesondere der Widerstandsgeist unter der Tullner und Zwentendorfer werktätigen Bevölkerung neu entfacht wurde.

50 bis 100, vielleicht auch mehr Menschen aus dem Tullnerfeld haben sich aktiv beteiligt. Wenn schließlich sogar die Tullner Bezirksnachrichten, die jahrelang nur höchsten Segen vom Atomkraftwerk beschworen, am 16. Juni auf der Titelseite ein Foto und im Inneren einen ganzseitigen, nicht im geringsten hetzerischen Bildbericht unter der Überschrift „Muß sich Kreisky beugen?" bringen, dann sieht man auch daran: Der 12. Juni hat tiefe und positive Spuren im Tullnerfeld hinterlassen. Die Regierung soll es fürchten, wir müssen es nutzen.

Schließlich hat der Aufmarsch die Reihen der Bewegung in ganz Österreich verbreitert und ihre Einheit weiter gestärkt.

Kultur- und Musikgruppen aus vielen Städten, Sprecher von zahlreichen Komitees und Gruppen - man hat sich kennengelernt, Erfahrungen ausgetauscht, den Zusammenhalt praktisch demonstriert.

Der Kommunistische Bund Österreichs, der uneingeschränkt hinter den Forderungen der IÖAG steht, hat mit ganzer Kraft den Aufmarsch unterstützt und in die zahlreichen Diskussionen unter den Atomkraftwerksgegnern eingegriffen mit dem Ziel, die Bewußtheit über die Ziele der österreichischen Bourgeoisie und der imperialistischen Großmächte mit den Atomkraftwerken zu erhöhen, die nächsten Kampfaufgaben richtig und entschlossen anzupacken und insgesamt revolutionäres Programm und Politik der österreichischen Kommunisten zu verbreiten und zu verankern.

Die Sondernummer des „Klassenkampf" wurde in 11.000 Stück in den einzelnen Städten, an die Teilnehmer und an die Bevölkerung des Tullnerfeldes verteilt. Transparente und Sprechchöre gegen den Parlamentsbetrug, gegen die Supermächte, gegen die Mitgliedschaft Österreichs in der Internationalen Energieagentur und zu den Auswirkungen des technischen Fortschritts im Kapitalismus für den Arbeiter fanden Beachtung und Zustimmung. Am zentralen Literaturstand des KB herrschte zeitweise reger Betrieb und eine Informations- und Bildtafel über die Entwicklung der Bewegung gegen Atomkraftwerke in Österreich wurde mit Interesse gelesen.

Die Losung „Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" war an mehreren Stellen des langen Zuges sichtbar und zeigte, daß der Kampf gegen Atomkraftwerke nur ein Frontabschnitt des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung ist.

Die IÖAG-Konferenz im Juli muß ein weiterer Schlag gegen die Regierungspolitik werden

Die bevorstehende Konferenz dient einerseits der Rechenschaftslegung über Entwicklung und Stand der Bewegung, insbesondere seit dem letzten Herbst, seit dem Aktionstag am 24.3.1977, seit der letzten Konferenz Mitte April. Die Berichte aus den Städten und Bundesländern müssen zu einer noch genaueren Heerschau der Kräfte, als sie der zentrale Protestmarsch liefern konnte, führen. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, um örtlich gespaltene Gruppen zur möglichst weitgehenden Zusammenarbeit bis zur Verschmelzung auf richtiger Grundlage aufzufordern.

Es sollen Erfahrungen aus der Massenarbeit der Komitees verallgemeinert, der Stand von Unterschriften- und Spendensammlungen zumindest annähernd erfaßt, die Breite und Tiefe der Bewegung geschildert und der gezielte Einsatz der Kräfte in Zukunft, z.B. in die Gewerkschaften hinein, besprochen werden.

Nach dieser Seite hin wird eine gute und öffentliche Dokumentation des Standes und Einflusses der Bewegung auf Grundlage der Berichte und Debatten auf der Konferenz sicher einen Schlag gegen die Regierungspolitik bedeuten. Andererseits muß die Konferenz zur Inangriffnahme der nächsten Aufgaben bis zum Herbst anhand der Resolution vom 12. Juni genaue Festlegungen treffen und zur zentralen Anleitung und Ausführung dessen wieder einen Koordinationsausschuß wählen.

Im besonderen wird es auch nötig sein, angesichts der Verschärfung des Kampfs alle Schikanierungs-, Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates wie etwa gegen einen Linzer Aktivisten (siehe Korrespondenz in dieser Zeitung) öffentlich bekanntzumachen und unter Einbeziehung breitestmöglicher Teile der Arbeiterklasse und des Volkes zurückzuschlagen. Dafür muß sich die IÖAG ideologisch und politisch rüsten, ihren organisatorischen Aufbau weiter verbessern und sich, gestützt auf die Massen, einen finanziellen Rückhalt verschaffen.

Die Regierung und die Kapitalistenklasse haben im Gegensatz zu ihrer öffentlichen Propaganda in ihren internen Lageberichten schon registriert: Am 12. Juni wurde nicht der Friedlichkeit, sondern des Protestes wegen demonstriert.

Wir werden alles dransetzen, daß die Bewegung ihre weiteren Aufgaben mit derselben Geschlossenheit wie am 12. Juni in Angriff nimmt und allen Spaltungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates mit noch größerer Kampfeinheit begegnet. Die Regierung und die Kapitalistenklasse fürchten nicht zu Unrecht, daß diese Massenbewegung mehr in Frage stellt und erschüttert als nur den Atomkraftwerksbau in Österreich.

JR

Beschlüsse von Gewerkschaftsmitgliedern gegen ÖGB-Haltung zu den AKW

Der Arbeiterbetriebsrat der Firma KAINDL/Hartwarenhandel Wien hat folgende Resolution gefaßt und wird dafür in den nächsten Tagen Unterschriften unter der Belegschaft sammeln:

„Der Arbeiterbetriebsrat und die unterzeichnete Belegschaft der Firma KAINDL/Hartwarenhandel Wien unterstützen folgende Resolution:

Wir protestieren gegen den Beschluß des ÖGB-Vorstandes und die vehementen Stellungnahmen des ÖGB-Präsidenten Benya für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Wir unterstützen dagegen die Forderungen der rund 6000 Teilnehmer am Protestmarsch in Zwentendorf vom 12. Juni 1977:

Kein Probebetrieb und keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf!

Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!

Keine Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Denn Atomkraftwerke können in keiner Weise Wirtschaftskrisen verhindern noch Arbeitsplätze sichern, bedeuten aber beim momentanen technischen Stand eine gefährliche Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung.

Wir fordern den ÖGB-Vorstand und den Präsidenten Benya auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen und die genannten Forderungen zu unterstützen."

Auf ihrer gesamtösterreichischen Betriebsversammlung in Wien haben sich die Privatangestellten im „Verein für Bewährungshilfe" mit entschiedener Kritik zu seiner Haltung in der AKW-Frage an den Bundesvorstand des ÖGB gewendet. In einem Beschluß fordern sie die Zurücknahme der Benya-Äußerungen und die Unterstützung der IÖAG-Forderungen durch den ÖGB.

Die Gewerkschaft der Öffentlich-Bediensteten soll für die sofortige Einstellung der Bauarbeiten und gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf Stellung nehmen sowie die Zurückstellung aller anderen AKW-Projekte verlangen. Dies fordern 82 Lehrer der AHS Hegelgasse in Wien (70 % der Gewerkschaftsmitglieder der Schule) in einer Protestresolution gegen die AKW-Stellungnahme der ÖGB-Führung von ihrer Gewerkschaft.

Auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) zum Thema „Berufsbild und Berufsperspektive der Architekturstudenten" in Innsbruck protestierten in einer Resolution die Versammelten „gegen die Äußerungen des ÖGB-Vorstandes über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder hinweg und fordern die Organe der GPA auf, diese Resolution in ihren Publikationen zu veröffentlichen." Weiters forderten sie vom anwesenden Sekretär der GPA „die Frage der AKW beim nächsten »Club der jungen Privatangestellten« auf die Tagesordnung zu setzen."

Krankenhaus Bludenz: Wir sind alle gegen Atomkraftwerke!

120 Beschäftigte des Krankenhauses Bludenz, vom Primararzt bis zum Gärtner, von der Stationsschwester bis zur Küchenhilfe, alle zur Zeit der Unterschriftensammlung Anwesenden, ohne Ausnahme, haben eine Resolution unterzeichnet, die sich vor allem gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf und gegen den Bau eines Schweizer AKW an der Grenze richtet.



Der Aufmarsch in Zwentendorf schaffte gün

Unsere Sektion hatte den Auftrag, am Abend des 12. Juni in Zwentendorf zu bleiben und mit der dortigen Bevölkerung über die Demonstration und den Kampf gegen das Atomkraftwerk zu sprechen. Wir stießen dabei auf reges Interesse, es gab niemanden, der nicht bereit war, mit uns zu sprechen.

Eines zeigte sich klar: Für die Zwentendorfer Bevölkerung ist das Kraftwerk etwas sehr Reales - sie haben den Bau jahrelang miterlebt, sie leben mit den dort beschäftigten Arbeitern zusammen, sie sehen den fertigen Betonklotz täglich und für sie ist es natürlich schwer vorstellbar, daß dieses Monstrum bei einer Nichtinbetriebnahme völlig nutzlos dastehen soll und das Werk hunderter Arbeiter jetzt sinnlos sein soll. Dazu kommt noch ein wahres Propagandafeuer der AKW-Befürworter, dem die Zwentendorfer jahrelang ausgesetzt waren.

Ein Beispiel: Mit den in Zwentendorf beschäftigten Arbeitern ist die Bevölkerung ständig in Kontakt. Den Kollegen werden dabei immer wieder Fragen gestellt, die den Betrieb des Atomkraftwerkes und vor allem die Sicherheit betreffen. Von ihren Vorgesetzten werden die Arbeiter ständig aufgefordert, solche Fragen weiterzugeben, man würde sie gerne beantworten, sodaß man sie dann wieder „ins Volk tragen" könne. Nur, wie ist das mit diesen Antworten? Ein Arbeiter aus dem Werk schilderte die Situation bei diesem Frage- und Antwortspiel recht treffend: „Schau, ich bin ja auch kein Gott bei solchen Sachen, ich kenn mich da nicht so aus. Mein Chef hat das alles studiert, der gibt mir dann halt irgendeine Antwort und die muß ich ihm dann eben glauben."

Eine weitere Folge dieser Propagandakampagne war, daß die Bevölkerung von Zwentendorf nicht wußte, was sie am 12. zu erwarten hatte. Die Schulkinder wurden vom Bürgermeister auf Ausflug geschickt,

Von außen hetzen – von innen zersetzen

KPÖ – Sabotageprogramm gegen die Bewegung gegen Atomkraftwerke

Zu einem Entfesselungskunststück sondergleichen setzt die KPÖ angesichts der wachsenden Volksbewegung gegen das AKW-Programm an. Ihre Lage ist in der Tat verzwickt.

Auf der einen Seite hat ihr Mandatar im Zwentendorfer Gemeinderat dem Bau des Atomkraftwerkes zugestimmt. Auf der anderen Seite will sie sich in die Bewegung einschleusen, die sich jetzt gerade gegen dieses Atomkraftwerk richtet.

Auf der einen Seite hat die Regierung mit der Sowjetunion Uranlieferverträge für das zweite geplante Atomkraftwerk in St. Pantaleon abgeschlossen- ein Geschäft für den Sozialimperialismus, das die KPÖ nach Kräften unterstützt. Auf der anderen Seite will sich die KPÖ an die Bewegung heranmachen, die gerade für die Vereitelung dieses Geschäftes kämpft.

Auf der einen Seite propagiert die KPÖ das „glänzende Beispiel" der Atomkraftwerke in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern, die an rücksichtsloser Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen, des skrupellosen Hasardspiels mit der Gegenwart und Zukunft der Völker in diesen Ländern auf der Jagd nach Extraprofiten und der Stärkung der Expansions- und Aggressionsbasis des russischen Sozialimperialismus die westlichen Atomkraftwerke weit in den Schatten stellen. Auf der anderen Seite will die KPÖ als „Kritiker" des AKW-Programms in Österreich, der Opferung der Sicherheit und Gesundheit des Volkes in Gegenwart und Zukunft zugunsten der Extraprofite der beteiligten Konzerne auftreten.

Auf der einen Seite bereiten die Uranlieferverträge der Regierung mit der Sowjetunion den Boden für eine wachsende Abhängigkeit Österreichs auch von dieser Supermacht, woran die KPÖ höchst interessiert ist und die sie eifrig propagiert. Auf der anderen Seite will sie sich gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs durch die Uranlieferungen und Wiederaufbereitung etc. stark machen.

Auf der einen Seite hat die KPÖ nun seit Jahr und Tag in der „Volksstimme" gegen die Anti-AKW-Bewegung als „fortschrittsfeindlich" und „von den Ölmonopolen gelenkt" gehetzt, keinen Finger für die Mobilisierung zur Sternfahrt nach Zwentendorf gerührt, ja sogar durch ihre niederösterreichische Abteilung einen Beschluß dagegen fassen lassen. Auf der anderen Seite wollte sie aber auch in Zwentendorf „mit von der Partie" sein und sich an die Spitze des Aufmarsches setzen.

Man sieht, die KPÖ ist in ein Gewirr von Widersprüchen verstrickt, aus dem sich herauszuwinden ein hartes Brot sein wird. Jeder Schritt vorwärts, den die Bewegung gegen das AKW-Programm macht, mit dem die KPÖ so vielfältig verfilzt ist, schnürt die KPÖ noch enger ein. Was liegt daher also für sie näher, als alles gegen das Fortschreiten der Bewegung zu unternehmen, was nur in ihrer Macht liegt? Ihr Entfesselungskunststück kann ihr nur gelingen, wenn sie die Bewegung zugrunderichtet. Darauf arbeitet sie nun auch mit aller Kraft hin.

In seiner so verzwickten Lage ist von diesem reaktionären Haufen von Geschäftemachern und Betrügern jede Lumperei zu erwarten. Einige Kostproben davon hat es schon gegeben:

Während die „Volksstimme" gegen die Anti-AKW-Bewegung hetzte und die niederösterreichische KP-Abteilung einen Beschluß faßte, der sich gegen die Sternfahrt und den Aufmarsch nach Zwentendorf richtete, arbeiteten ein Mitglied des revisionistischen Studentenverbandes der KPÖ und einige fallweise zu seiner Unterstützung herangekarrte KP-Funktionäre aus anderen Orten die am erwähnten Beschluß mitgewirkt hatten, in Tulln eifrig daran, sich die „Tullnerfelder Gruppe gegen Atomgefahren" als Tarnkappe aufzusetzen und in dieser Gestalt die Spitze des Aufmarsches in Zwentendorf zu übernehmen.

Dieses Sabotageunternehmen stieß naturgemäß auf Widerstand. Um dagegen durchzukommen, setzte die KPÖ alles daran, die Tullner AKW-Gegner zu spalten, möglichst viele Aktivisten aus der Gruppe hinauszuekeln, ihre Tätigkeit zu lähmen und so den Boden für die Übernahme der Gruppe bzw. des verbleibenden Firmenschildes zu bereiten. Dabei ging es ihr fürs erste vor allem darum, zu verhindern, daß sich die Tullner AKW-Gegner auf der Plattform der IÖAG-Forderungen zusammenschlossen. Diese versuchte sie gegen die gesetzt sind:

* Statt der IÖAG-Forderung „Keine Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf: Kein Nullast-, Teillast-, Probe- oder Vollbetrieb!" versucht sie die Forderung zu setzen: „Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, bevor alle Sicherheitsfragen befriedigend gelöst sind!" – eine „Forderung", wie sie genauso von allen anderen bürgerlichen Parteien, der Regierung und der ÖGB-Spitze vertreten wird. Sie lügt damit darüber hinweg, daß die Bourgeoisie weit davon entfernt ist, die Kerntechnologie zu beherrschen, und daß sie eine „befriedigende Lösung" aller Sicherheitsfragen genauso wie die herrschende Klasse in der Sowjetunion nur für ihre Extraprofite zu bieten hat. Die IÖAG geht von der erwiesenen Tatsache aus, daß Regierung und Kapital diese Fragen nicht lösen können und daß jede andere Behauptung ihrer Wissenschaftler Betrug ist. Ihre Forderung richtet sich daher *bedingungslos* gegen das AKW-Programm der Regierung. Im gleichen Fahrwasser wie die anderen bürgerlichen Parteien und wie die Regierung will die KPÖ diese bedingungslose Ablehnung durch einen Schacher um sogenannte „Sicherheitsvorkehrungen" ersetzen. Eine KPÖ-Forderungen auszutauschen, die diesem richtigen und einheitlichen Forderungsprogramm der IÖAG strikt entgegen- Kostprobe davon gibt sie mit der von ihrem Mandatar im Zwentendorfer Gemeinderat mitbeschlossenen Forderung, daß der Werksschlot höher gebaut werden müsse,

Fortsetzung auf Seite 6

Am 25.Juni – Demonstration in Allentsteig

Die Bevölkerung des Waldviertels bereitet sich auf die Demonstration am 25. Juni in Allentsteig vor. Eintausend bis Dreitausend Demonstranten werden von den Organisatoren erwartet. Viele werden mit ihren Traktoren kommen. Organisator ist der Arbeitskreis gegen Atommüll/Waldviertel, der Komitees in zahlreichen Ortschaften des Waldviertels umfaßt. Der Arbeitskreis hat ein Flugblatt zur Demonstration gedruckt, von dem bis jetzt 15.000 Stück verteilt wurden.

Die Waldviertler haben in den letzten Monaten einige wichtige Erfahrungen gemacht. Die Bohrungen für die Atommüllagerung wurden im Truppenübungsplatz Allentsteig begonnen, den der bürgerliche Staat den Bauern genommen und zum Sperrgebiet erklärt hat.

98% der Bevölkerung von Allentsteig haben gegen die Bohrungen unterschrieben – es wurde weitergebohrt. Von den Politikern wurde Rechenschaft verlangt – sie sind nicht gekommen.

Deshalb schreiten die Waldviertler jetzt zur Tat. Sie werden am 25. Juni zeigen, daß die Regierung mit ihren Plänen nicht durchkommen wird, auch wenn sie sich in ihren Truppenübungsplatz verkriecht.

Die praktischen Erfahrungen haben die Waldviertler veranlaßt, mehr über die Wurzeln ihres Kampfes nachzudenken.

Kein Ort ist zu klein, um Schauplatz von Veranstaltungen und Diskussionen zu sein.

Die Organisatoren und Teilnehmer an der Demonstration in Allentsteig werden den 12. Juni als Ansporn nutzen und auch vielerlei praktische Erfahrungen daraus ziehen. Sie werden vor allem die Parolen des 12. Juni zu den ihren machen. Insbesondere auch die Forderung: Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf! Sie werden dem Gegner keine Zeit zur Erholung nach dem 12. Juni geben, indem sie ihm einen weiteren Schlag versetzen.

tige Bedingungen für die Arbeit im Tullnerfeld

zwei der drei Gasthäuser hatten zugesperrt, die Leute blieben anfangs in ihren Häusern. Umso positiver war es dann, als die Demonstration ruhig und geordnet verlief, die Straßen am Abend vom Ordnerdienst gereinigt wurden und klar wurde, daß gegen das Atomkraftwerk demonstriert worden war und nicht gegen Zwentendorf.

Das kam in den Gesprächen deutlich zum Ausdruck. Man setzte sich ruhig und freundlich mit unserer Meinung auseinander, wenn auch die Resignation noch stark vorherrschte.

Andererseits haben die 6000 Demonstranten natürlich einen Eindruck hinterlassen, man überlegt doch, ob man nichts gegen das Atomkraftwerk.

Dazu kommt noch, daß ein Großteil der Zwentendorfer Bevölkerung aus Arbeitern und kleinen Bauern besteht. Sie wissen genau, daß sich der technische Fortschritt im Kapitalismus immer gegen die Werktätigen richtet, fast alle haben das am eigenen Leib verspürt. Ein Arbeiterpensionist faßte das treffend zusammen: „Das stimmt schon, daß man in den umliegenden Fabriken vielleicht mehr verdienen kann als in der Landwirtschaft, aber dabei reißt's einem jeden das Herz aus dem Leib. Wenn man am Abend von der Akkordarbeit heimkommt, ist man hin – und so etwas hält man nicht lange aus."

Eines haben alle unsere Gespräche gezeigt: Durch die Demonstration wurden günstige Bedingungen geschaffen, auch die unmittelbar betroffene Bevölkerung in Zwentendorf und im gesamten Tullnerfeld in den Kampf gegen die AKW miteinzubeziehen. Zum Abschied meinte einer der Zwentendorfer: „Kommts wieder, mit euch kann man gut reden ..." Das mag stimmen, aber es muß mehr werden als Reden – die Bevölkerung im Tullnerfeld muß für eine aktive Teilnahme gewonnen werden.

F.O., Verband Kommunistischer Intellektueller

Erklärung des Arbeitskreises Linz gegen den Strafantrag gegen einen AKW-Gegner

St.N. hat am Tag vor dem gesamtösterreichischen Aktionstag im März 1977, weil er ein aktiver Gegner des Atomkraftwerkprogramms der Bundesregierung ist, auf das Gebäude der Generaldirektion der Oberösterreichischen Kraftwerke AG (OKA) in Linz die Worte gesprüht: „Unsere Gesundheit für euren Profit – Atomkraftwerke Nein!" Jetzt soll er laut Antrag der Staatsanwaltschaft Linz wegen schwerer Sachbeschädigung in der Höhe von S 17.000,- am 28. Juni 77 zur Verantwortung gezogen werden und eine zusätzliche Geldstrafe erhalten.

Die OKA ist zusammen mit sechs anderen Landeselektrizitätsgesellschaften zu 50% am 1. österreichischen Atomkraftwerk in Zwentendorf und an der GKS (St. Pantaleon) beteiligt, um daraus Profit zu schlagen. Gleichgültig ist ihr dabei, ob Schäden an der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung auftreten. Sobald aber jemand diese Wahrheit der Öffentlichkeit entsprechend bekannt macht, wie dies durch das Aufsprühen der erwähnten Losung geschehen ist, läßt sie Atomkraftwerksgegner wegen Sachbeschädigung strafrechtlich verfolgen. Das österreichische Gesetz gibt der OKA die Möglichkeit, diese Art von Protest als „Sachbeschädigung" zu ahnden, umgekehrt aber gibt es für die Bevölkerung keine Möglichkeit, die OKA strafrechtlich dafür zu belangen, daß mit der etwaigen Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf weit größerer Schaden an Menschen angerichtet wird. Ebenso ungleich sind die Möglichkeiten der Elektrizitätskonzerne, ihre von Lügen durchsetzte AKW-Propaganda zu verbreiten im Vergleich zu den Möglichkeiten der Atomkraftwerksgegner, die vielfach uninformierte Bevölkerung auf die Gefahren im Zusammenhang mit dem Bau von Atomkraftwerken aufmerksam zu machen und die Triebkräfte des AKW-Programms aufzudecken. Während z.B. die GKS aus unseren Stromtarifen in Pyburg/St. Pantaleon eine Informationszentrale um 1,2 Millionen Schilling gebaut hat und diese ständig von hochbezahlten Technikern betreuen läßt, sind die Atomkraftwerksgegner auch auf solche Formen der Öffentlichkeitsarbeit angewiesen, wie das Aufmalen von Losungen.

Der Arbeitskreis Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner ist der Ansicht, daß die Losung: „Unsere Gesundheit für euren Profit – Atomkraftwerke Nein!" die wahren Verhältnisse richtig darstellt und der Bevölkerung die richtige Perspektive weist. Es bestand absolut keine Notwendigkeit, diese Wahrheit von der Mauer des OKA-Gebäudes zu entfernen, noch dazu um S 17.000,-. Unserer Ansicht nach wird damit ein klares Ziel verfolgt: Einen möglichst hohen Schaden zu konstruieren um einen Atomkraftwerksgegner für alle empfindlich zu bestrafen. Ähnliche Versuche gibt es auch in anderen Städten, wo Atomkraftwerksgegner, die die Mittel für das Plakatieren auf bezahlten Flächen nicht aufbringen können, dafür bestraft werden, daß sie dort, wo Plakate für Tanzfeste, Flohmärkte und Sportveranstaltungen ungestraft hängen, für die Bevölkerung wichtige, für die AKW-Betreiber inklusive Bundesregierung aber gefährliche Informationen anbringen.

Der Arbeitskreis Linz in der IÖAG erklärt, daß das Aufsprühen der erwähnten Losung durch Stefan Nagy auf das OKA-Gebäude eine gerecht Einzelaktion war, daß alle AKW-Gegner hinter dieser Losung stehen und fordert daher die sofortige Einstellung des Strafprozesses gegen St. N.

Der Arbeitskreis Linz fordert alle Gruppen und Organisationen, die die Anti-Atomkraftwerksbewegung unterstützen auf, in ihren Einflußbereichen, in Institutionen, Betrieben, Gewerkschaftsgremien, Schulen, Instituten, usw. ähnliche Solidaritätserklärungen für St. N. zu beschließen und diese den Arbeitskreis Linz, z.H. Friedrich Fehlinger, Hafnerstraße 14, 4020 Linz zu senden.

Von außen hetzen – von innen zersetzen
KPÖ – Sabotageprogramm gegen die Bewegung gegen Atomkraftwerke

Fortsetzung von Seite 5

wodurch die radioaktiven Abfälle nicht mehr nur über Zwentendorf, sondern auch über Tulln niedergehen würden.

* Entsprechend ihrer grundsätzlichen Befürwortung des AKW Zwentendorf versucht die KPÖ den Tullner AKW-Gegnern ihre Forderung nach „demokratischer Kontrolle der gesamten Kernenergietätigkeit" unterzujubeln.

* Entsprechend ihrer Unterstützung für eine „befriedigende Lösung der Sicherheitsfragen" durch die Bourgeoisie und die Regierung versucht sie die Tullner Gruppe davon abzuhalten, die IÖAG-Forderung zu erheben: „Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Österreich!" und sich auf die richtige, isoliert gestellt aber objektiv spalterische Forderung des Zwentendorfer Gemeinderates zu *beschränken*, daß es in Zwentendorf selbst zu keiner Zwischenlagerung kommen dürfe.

* Entsprechend ihrer Propaganda für die mörderischen AKW-Programme in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen osteuropäischen Ländern ist sie ein erbitterter Gegner der IÖAG-Forderung: „Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!"

* Anstelle der IÖAG-Forderungen versucht die KPÖ, in die Arbeit der Tullner Gruppe die Unterstützung der betrügerischen „Abrüstungsvorschläge" des russischen Sozialimperialismus und die Forderung nach verstärkter Energiezulieferung aus dem sozialimperialistischen Herrschaftsbereich einzuschmuggeln und sie damit vollends vor ihren Karren zu spannen.

Jede einzelne ihrer Forderungen ist unvereinbar mit den Zielen und den einheitlichen Forderungen der Bewegung gegen das AKW-Programm in Österreich. Jede einzelne von ihnen ist darauf gerichtet, diese Bewegung zu spalten und zugrundezurichten.

Anti-AKW-Bewegung sind immer größere Teile der KPÖ-Mitglieder empört über die Schädlingsarbeit ihrer Führung. Daher beginnt auch in der KPÖ eine Auseinandersetzung um die AKW-Frage zu entbrennen. Eine Folge davon war es, daß am Aufmarsch in Zwentendorf etliche KPÖ-Mitglieder aus verschiedenen Bundesländern gegen die Politik ihrer Partei teilnahmen. Manche taten das demonstrativ, indem sie für die Demonstration eigens ihre KJÖ-Leibchen angezogen hatten, ein KPÖ-Aktivist fungierte sogar als Ordner der IÖAG und ein KPÖ-Mitglied erklärte, daß er auf Grund der Haltung der KPÖ-Führer zur AKW-Frage nun endgültig entschieden habe, aus der KPÖ auszutreten.

Auf der Veranstaltung in Tulln am Samstag vor dem Aufmarsch hat ein Sprecher des IÖAG-Koordinationsausschusses die Komplizenschaft der KPÖ mit Regierung und Kapital bei der Durchsetzung des AKW-Programmes entlarvt, ihre Hetze gegen die Bewegung und die Zustimmung ihrer Mandatare zum AKW-Bau angeprangert. In der ganzen Bewegung muß die betrügerische Einschleich-, Spalter- und Sabotagetätigkeit der KP-Revisionisten enthüllt und Klarheit darüber verbreitet werden, daß sie auch in diesem Kampf zu den heimtückschsten Gegnern der Volksbewegung zählen.

G.St.

KPÖ-Veranstaltung zu AKW: Revisionisten entziehen den AKW-Gegnern das Wort

Am Donnerstag den 16.6. fand unter dem Motto „Wie dringend ist Strom aus AKWen?" ein „Weg und Ziel"-Vortrag mit Diskussion „im ehrwürdigen Saal des Alten Rathauses" vor ca.70 bis 80 Menschen statt. Wie zum Hohn wurde in Aussicht gestellt, beim Kampf gegen den Bau von AKWen „den Marxismus anzuwenden", doch in Wirklichkeit wurden dessen Grundsätze voll verdreht.

Zum Thema selbst wurde von den Podiums-Rednern nichts Richtiges geltend gemacht. Im Gegenteil, sie schwafelten von „demokratischer Kontrolle von AKWen" (als könne die „demokratische Kontrolle die Fesselung der Produktivkräfte und ihre anarchische und menschenverachtende „Entwicklung" durch den Kapitalismus beseitigen!), „antimonopolistischer Energiepolitik", „Förderung der heimischen Ressourcen", „höchstmögliche Sicherheit", „Arbeitsplatzsicherung durch Naturenergie" usw., usf. und setzten auch handfeste Lügen in die Welt, wie z.B. daß es in der Sowjetunion nachweislich keine Strahlengeschädigten gibt. Der KPÖ-Gemeinderat von Zwentendorf, Gustv Loistl, verstieg sich gar dazu, sein Ja zum Bau des AKWs Zwentendorf damit zu rechtfertigen: „Wenn wir es nicht beschlossen hätten, dann hätte es eben eine andere Gemeinde getan"! So sieht die verantwortungsbewußte Politik" der Revisionisten aus!

In der anschließenden Diskussion meldete sich ein Mitglied des Arbeitskreis Atomenergie Wien zu Wort und strich den verlogenen Charakter der KPÖ-Politik hervor. Er wies darauf hin, daß so wie in der Vergangenheit auch an diesem Abend die IÖAG (Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner) und die gesamte Bewegung gegen Atomkraftwerke von der KPÖ totgeschwiegen und in Wirklichkeit bekämpft werde. Er zeigte auch auf, daß es der KPÖ möglich ist, mit keinem einzigen Wort die Demonstration vom 12.Juni zu erwähnen, wie das auch schon beim Aktionstag vom 24.3. Methode der Revisionisten war. Im folgenden brachte er Zitate aus der „Volksstimme", die die demagogische Haltung der Revisionisten in der Frage der AKWe bloßstellten. Als der AKW-Gegner ankündigte, die Taten der KPÖ seien am besten am Marxismus zu messen und daranging, dies auch zu verwirklichen, entzog man ihm kurzerhand das Wort.

Nachdem einige weitere Redner aus dem Publikum gesprochen hatten, meldeten sich wieder die Podiumsredner, um „Antworten" zu geben: Nun wurden die AKW-Gegner scharf angegriffen, beschimpft und verleumdet. Sie seien Maschinenstürmer, indem sie eine gesamte Technologie zu verhindern versuchten. Außerdem seien sie nicht gegen Atombomben und nicht für die „Abrüstung". Ohne sich nochmals an der Diskussion beteiligen zu können, wurden die AKW-Gegner verleumdet.

Den Höhepunkt setzt letztlich Schönfeld, der über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Seiten der KPÖ sprach, da „den AKW-Gegnern die gesellschaftspolitischen Perspektiven fehlten". Diese Frechheit wiegt angesichts der im Saal sitzenden AKW-Gegner, denen man das Wort verboten hatte, umso mehr!

Auffallend war aber, daß diese abgeschmackten Manöver selbst treue KPÖ-Anhänger im Saal zurückgestoßen hatten. Die Menschen sind mit solch einer Demagogie nicht zu überzeugen. Bei zahllosen Diskussionen im Anschluß an die Veranstaltung konnte der Unmut vieler Menschen festgestellt werden.

L.E.

Das Kernenergieprogramm der russischen Sozialimperialisten

Die Sowjetunion, die wie kein zweites Land über Naturressourcen zur Energieerzeugung verfügt, hat in den letzten Jahren mit außerordentlichem Entwicklungstempo sich auf die Entwicklung der Kernenergie geworfen und liegt heute (nach den USA und Japan) in der Erzeugung von Nuklearstrom an dritter Stelle in der Welt.

Die Sozialimperialisten stehen ihren westlichen Konkurrenten in der Gier nach Höchstprofit und daher in Abenteurertum und Rücksichtslosigkeit in nichts nach, sondern übertreffen sie eher noch.

Der XXV. Parteitag der KPdSU hat als die „Hauptaufgabe" bei der Entwicklung der Volkswirtschaft formuliert: „Durch Steigerung der Arbeitsproduktivität 85 bis 90 Prozent des Nationaleinkommens....sicherzustellen", d.h. nahezu die gesamte Steigerung der Produktion durch eine Steigerung der intensiven Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft hereinzuholen. „Das kommt der Ersparnis der Arbeit von 26 Millionen Beschäftigten gleich." (Kossygin) Eine entscheidende Voraussetzung für ein solches umfassendes Rationalisierungsprogramm ist die rasche Steigerung der Stromerzeugung, und - um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken - die Verbilligung der Elektrizität. Die Sozialimperialisten spekulieren darauf, den Stom aus Nuklearenergie um 15 Prozent billiger produzieren zu können. Gegenwärtig ist das allerdings keineswegs der Fall. Nur in den größten Reaktoren sind die Kosten der Stromerzeugung „vergleichbar mit konventionellen Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen arbeiten". (Sowjetunion heute, Nr. 1/1977) Und diese „Vergleichbarkeit" der Kosten beruht bis heute auf der abenteuerlichen Anwendung von Kernenergie, ohne daß ihre Technologie tatsächlich beherrscht würde und ohne daß das Entsorgungsproblem gelöst wäre. Die Sozialimperialisten sind hier keinen Schritt weiter als ihre westlichen Rivalen, nur noch rücksichtsloser und noch dreister in ihren Lügen. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergie, also der Leiter des ganzen Programms, ein gewisser a.Petrossjanz, wird in dem Artikel mit Stellungnahmen wie dieser zitiert:

„Das Risiko, bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk den Tod zu finden, ist geringer als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Blitz getroffen zu werden, und wohl nur mit der Gefahr vergleichbar, von einem großen Meteoriten erschlagen zu werden."

Und über das Problem der Entsorgung von hochradioaktiven Abfallstoffen erklärt er:

„Zum Glück gibt es Wege zur Verringerung ihres Volumens, so daß sie in leergeförderten Abbauen von Salzbergwerken sicher gelagert werden können. Übrigens ist schon das Vorhandensein von Salz eine Garantie, daß in diese Abbaue noch nie Grundwasser eingedrungen ist noch je eindringen wird."

In der Praxis machen es sich die Sozialimperialisten oft noch leichter: Im größten derzeitigen Kernkraftwerk bei Nowoworonesh wird der radioaktive Müll einfach „in Beton gegossen und in einer Deponie auf dem Werksgelände eingelagert". Das berichtete ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Reuter nach einem Besuch des Kraftwerks. Er berichtete auch, daß es eine Flut von Protestbriefen gegen das Kraftwerk gegeben habe, die jedoch unterdrückt wurden. Unberücksichtigt blieben auch die Warnungen des bekannten Kernphysikers Kapiza, der einen 1000-Megawatt Reaktor mit einer Atombombe in Hiroshima-Stärke verglich, falls es zu einem Unglück käme. (Blick durch die Wirtschaft, 19.Februar)

Viel sicherer als die Hoffnungen auf billigen Strom sind die Profiterwartungen, die die Produktion von Kernkraftwerken auf dem Felde der imperialistischen Expansion eröffnet. Die Sowjetunion ist mit den USA, Kanada, Japan, der BRD, Frankreich und England im Kartell der Produzenten von Kernkraftwerken, dem „Suppliers Club" (Lieferantenclub) zusammengeschlossen, dessen Existenz trotz Geheimhaltung letztes Jahr bekannt wurde. Mit den anderen „Atommächten", in erster Linie aber mit der anderen Supermacht USA teilt und verteidigt die Sowjetunion das Monopol der Verfügung über Wiederaufbereitungsanlagen für Uranbrennstoff, auf die die Kernkraftwerke angewiesen sind. Verträge mit der Sowjetunion über die Wiederaufbereitung haben nicht nur ihre unmittelbaren Klienten, sondern auch die kapitalistischen Länder Westeuropas, Großbritannien und Frankreich (obwohl sie selbst über Atombomben verfügen) ebenso wie die BRD, Belgien und Schweden. Die UdSSR liefert gegenwärtig Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 10.000 Megawatt an die DDR, Bulgarien, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Kuba sowie an Rumänien. Sie unternimmt bedeutende Anstrengungen, um auch vermehrt in die Länder der Dritten Welt zu liefern.

Der Vorteil besteht nicht allein im Monopolprofit aus dem Verkauf solcher Anlagen. Er besteht in der Masse von fFolgeaufträgen, die sich notwendigerweise aus der Installation solcher Anlagen ergeben; in den erweiterten Möglichkeiten, unter dem Deckmantel der „technischen Hilfe" tatsächlich Kapitalexport zu betreiben; und insgesamt in dem Netz von Abhängigkeiten bzw. Kontrollmöglichkeiten, die sich im Ringen mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft ergeben. Schließlich muß man das forcierte Programm der nuklearen Stromerzeugung im Zusammenhang der Ziele des sowjetischen Außenhandels insgesamt und der sowjetischen Kriegsvorbereitungen sehen. Die Sowjetunion hat 1975 128 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukte, 19,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 25,3 Millionen Tonnen Steinkohle exportiert. Wertmäßig war die Steigerung gegenüber den vorangegangenen Jahren noch bedeutender wegen der gestiegenen, d.h. speziell von den Sozialimperialisten gegenüber den übrigen RGW-Staaten drastisch erhöhten Preise. Laut Fünfjahresplan sollen bis 1980 89 bis 109 Millionen Tonnen Steinkohle, 129 bis 149 Millionen Tonnen Erdl und 111 bis 146 Milliarden Kubikmeter Erdgas mehr gewonnen werden als 1975.

Aber nur ein Teil davon soll in die Steigerung der eigenen Energieerzeugung fließen; ein anderer, bedeutender Teil soll eben durch Kernenergie ersetzt werden und kann stattdessen exportiert und weiterverarbeitet werden. Vor allem die Erschließung der Quellen in Sibirien soll stärker vorangetrieben werden. „Die Fortschritte in der Wirtschaft Sibiriens und des Fernen Ostens eröffnen neue Möglichkeiten für den sowjetischen Export", schreibt die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel". Aus der „Schatzkammer Sibirien" wollen die Sozialimperialisten einen Kriegsschatz herausschlagen, mit dem sie ihre wilde Aufrüstung finanzieren wollen. Die von den sowjetischen Revisionisten so laut gepriesene „friedliche Nutzung der Kernenergie" ist in ihren Händen ein nicht weniger abenteuerliches Programm zur Erzielung von Höchstprofit und zur imperialistischen Expansion als bei ihren Rivalen. -(gk)

Aus: Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (gekürzt)

Fortsetzung von Seite 1

Gehaltsabschluß im öffentlichen Dienst

Der Erfolg der Regierung wird nicht von Dauer sein

Der Abschluß im öffentlichen Dienst betrifft 430.000 pragmatisierte Beamten, 100.000 Vertragsbedienstete und 235.000 Pensionisten. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 12 Monate, es gibt kein Stillhalteabkommen. Ab 1.1.78 werden die Gehälter für die Pensionisten und die Vertragsbediensteten um 8% erhöht. Für die pragmatisierten Beamten wurde die Gehaltserhöhung mit einer Erhöhung des Pensionsbeitrages um insgesamt 2 % gekoppelt, deren erste Etappe ebenfalls mit 1.1.78 in Kraft tritt, so daß die Erhöhung für diese Beamten nur 7,5 % betragen wird. (Beispiele für die verschiedenen Bereiche siehe Kasten) Als „Zuckerl" wurden die Jubiläumsgelder verdoppelt: Nach 25 Dienstjahren soll es künftig als einmalige Sonderzahlung einen Monatsgehalt geben, nach 40 Dienstjahren zwei.

Der Lohnraubabschluß hemmt den Kampf gegen das staatliche Rationalisierungsprogramm

Die weitaus größte Mehrheit (fast 80 %) der öffentlich Bediensteten verdient unter 10.000 brutto. Für sie bedeuten die 8 % (wenn man Lohnsteuer und andere Abzüge sowie den jetzt erhöhten Pensionsbeitrag abzieht) 400,- bis 600,- netto, im günstigsten Fall (Alleinverdiener, Kinder usw.) vielleicht 700,-. Diese Erhöhung tritt jedoch erst mit 1.1.78 in Kraft, wodurch die Bediensteten damit praktisch die Teuerung von 1½ Jahren (letzter Abschluß 1.7.76) verkraften sollen. Das ist unmöglich – und damit werden viele Kollegen praktisch gezwungen, dem Drang des Dienstgebers Staat nachzugeben, aus den öffentlich Bediensteten immer mehr an Mehrleistung (Überstunden, normaler Dienstbetrieb trotz Unterbesetzung usw.) herauszupressen. Schon in den letzten Jahren machten die Aufwendungen für Mehrleistungen in einzelnen Zweigen 10 - 15 % aus. Damit werden weiters viele Kollegen veranlaßt, ihre Hoffnungen auf die Bestrebungen nach Einführung eines Leistungslohnes im öffentlichen Dienst zu setzen, bzw. wird die Einheit gegen diese spalterischen und auf die Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft gerichteten Bestrebungen stark beeinträchtigt. Das ist eine der wesentlichsten Gründe, die die Regierung zu einer derart harten Haltung gegen die Gehälter veranlaßt haben – und sie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Situation nützen will, als sie in Herrnstein eine weitere Kürzung der Dienstposten um 1% beschlossen hat.

Die bürgerliche Gewerkschaftsführung betreibt das Geschäft der Spaltung der Arbeiterklasse

Mit ihrer Zustimmung zu diesem niedrigen Abschluß und zur Erhöhung der Pensionsbeiträge hat die Gewerkschaftsführung sich als auf der Seite jener stehend deklariert, die die Abspaltung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Teile der Arbeiterklasse von den übrigen Teilen, insbesondere der Industriearbeiterschaft, betreiben. Pöder (SPÖ, Gemeindebedienstete) hat die Pensionsbeitragserhöhung jubelnd kommentiert: „Es zeigt, daß die Beamten bereit sind, mehr für ihre soziale Sicherheit zu leisten." Er hat damit offen zum sogenannten „Privilegienabbau" bekannt, der in Wirklichkeit in nichts anderem besteht, als darin, ihre wenigen und geringen „Vorteile" (sie müssen statt bisher 5 % ab 1981 7 % für ihre Altersversorgung blechen, während Arbeiter und Angestellte 8,75 % zahlen) laufend abzubauen, während sie in bezug auf die Gehälter und ihre rechtlose Stellung (sie sind gesetzlich zu Mehrleistung, Urlaubsaufschub usw. verpflichtet, was auch massiv ausgenützt wird) weiterhin niedergehalten werden.

Durch ihre Zustimmung zur Aufrechterhaltung des niedrigen Lohnniveaus im öffentlichen Dienst fördern sie die Tatsache, daß ein zahlenmäßig sehr großer Teil der österreichischen Arbeiterklasse Gehälter bezieht, die ihn zur heimlichen Reservearmee für Lohndrückerfunktionen gegenüber den Arbeitern und Angestellten in der Privatindustrie machen. Das ist eine weitere Seite der Spalterpolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer im öffentlichen Dienst, die sich offensichtlich gegen die Arbeiterklasse insgesamt richtet.

Die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft sind die Hauptbetreiber der Spaltung

Vor allem die SPÖler in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind in ihrer ganzen Verhandlungsführung und Argumentation voll auf die Linie der Regierungspropaganda eingestiegen. Die SPÖ-Regierung legt es heute hauptsächlich darauf an, bei ihren Angriffen gegen die öffentlich Bediensteten, die sie als derzeitige Geschäftsführerin des österreichischen Monopolkapitals zu führen hat, die Industriearbeiterschaft zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren. Zu diesem Zweck gibt sie ihre Politik als Kampf gegen die Schreibtischhengste, gegen den aufgeblähten, bürokratischen und faulenzenden Beamtenapparat aus. Sie gibt vor, daß sie die Kosten für diesen Apparat und seine „Privilegien" einschränkt, um den Staat und seine Leistungen besser im Interesse des Volks einsetzen zu können.

Für den schwer arbeitenden Industriearbeiter ist der Bürokrat, der den ganzen Tag Zeitung liest, ein rotes Tuch. Hinter diese Propaganda stellen sich auch die SP-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. In Wirklichkeit verbindet den Industriearbeiter und -angestellten mit dem Eisenbahner im Verschub, mit der Krankenschwester, mit dem sich voll ausgebenden Schalterbeamten die Zugehörigkeit zur selben Klasse. In Wirklichkeit richten sich auch die Angriffe der Regierung gegen den öffentlichen Dienst gegen die gesamte Arbeiterklasse und das Volk. Wieder ein Beispiel aus der Herrnsteiner Regierungsklausur: Ganz in einer Linie mit den Maßnahmen gegen die Gehälter und Arbeitsbedingungen der öffentlich Bediensteten sollen die Staatsausgaben für Soziales, Bildung usw. gekürzt werden.

Das ist ein weiterer Grund dafür, daß von der Arbeiterklasse die Regierungspolitik gegen den öffentlichen Dienst und die Unterwerfung der Interessen der Bediensteten unter die Interessen des bürgerlichen Staates durch die Gewerkschaftsführung abgelehnt werden muß.

Der Bewegung gegen die Rationalisierungspläne der Regierung kommt entscheidende Bedeutung zu

Die Propaganda und Hetze der Regierung wirkt keineswegs nur auf die Industriearbeiterschaft. Sie erzielt damit Wirkung auch gerade unter jenen Teilen der öffentlich Bediensteten, die sich selbst zur Arbeiterklasse gehörig fühlen und gegenüber Privilegienwirtschaft und staatlicher Bürokratie ablehnend eingestellt sind. Ihr kann nur entgegengetreten werden, wenn die gesamte Staatstätigkeit klassenmäßig betrachtet und entlarvt wird und von daher jede Unterordnung der breiten Masse der Bediensteten unter die Erfordernisse der Politik des bürgerlichen Staates bewußt abgelehnt wird. Das ist eine Voraussetzung für die Verstärkung der Bewegung gegen die Rationalisierung im öffentlichen Dienst. Andererseits wird sich diese Einstellung massenhaft verbreiten können, weil sich diese Bewegung notwendigerweise verstärken und verbreitern wird, je schärfer die Angriffe des Staates werden.

Von den Postbediensteten bis zu den Krankenhausangestellten hat es im Laufe dieses Jahres bereits Aktionen gegen die Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft gegeben. Diese Aktionen haben eine so breite Basis gehabt, daß sie selbst von höheren gewerkschaftlichen Organen unterstützt werden mußten und sich so noch weiter verbreiten haben können. Diese Bewegung ist eine gute Bedingung dafür, daß sich trotz der Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführung bei den Gehaltsverhandlungen die öffentlich Bediensteten gegen die weiteren Angriffe des bürgerlichen Staates behaupten können und dadurch auch die Voraussetzungen für eine künftige Verteidigung des Gehaltsniveaus verbessert werden.

A.R.

Beispiele für die Erhöhungen bei der Gemeinde Wien

Dienstjahre	Bruttogehalt 1977*	Bruttoerhöhung
10	6700,-	513,-**
18	7434,-	557,-
30	8532,-	640,-

* Gehalt bedeutet Grundgehalt und Pflegefachdienstzulage
** Nach Abzug der 0,5 %-Erhöhung des Pensionsbeitrags bleiben vom Mindestbetrag nur mehr 513,- brutto!

Facharbeiter – Schema III (3P), Vertragsbedienstete *

Dienstjahre	Bruttogehalt 1977	Bruttoerhöhung
10	5892,-	550,-
16	6413,-	558,-
30	7466,-	660,-

* Für Vertragsbedienstete wurde der Pensionsbeitrag nicht erhöht, sie zahlen schon jetzt so viel wie die Privatbediensteten

Beispiele für die Erhöhung bei der Post

Gehaltsgruppe	Bruttogehalt 1977	Bruttoerhöhung
BIII/2	7563,-	567,-
VBId4	5464,-	550,-*
CII/2	6402,-	516,-**

* fällt unter Mindestbetrag, zahlt als Vertragsbediensteter keine Erhöhung des Pensionsbeitrages
** pragmatisierter Beamter: Nach Abzug der 0,5 %-Erhöhung des Pensionsbeitrages bleiben 513,- vom Mindestbetrag!

Das Ausmaß der Gehaltserhöhungen bei den Bundesbediensteten

56 % der Bundesbediensteten verdienen weniger als 7500,- brutto. Sie werden die Mindesterhöhung von 550,- erhalten, wobei den Aktiven jeweils 0,5 % für den Pensionsbeitrag abgezogen werden. Weitere 20,8 %, die bis zu 10.000,- verdienen, werden nach Abzug der 0,5 % für den Pensionsbeitrag 550,- bis 750,- bekommen. Die Masse der Bundesbediensteten liegt also auch im Bereich der Mindesterhöhung.

Assistentenverband gegen weiteren Reallohnabbau im Öffentlichen Dienst

Einstimmig hat die gesamtösterreichische Delegiertenversammlung am 18.6.1977 in Wien folgende Resolution verabschiedet:

„Der Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den österreichischen Hochschulen (Assistentenverband) richtet an die Gewerkschaft der Öffentlich Bediensteten die dringende Aufforderung, bei den laufenden Gehaltsverhandlungen auf ihren derzeitigen Forderungen von 9,75 %, mindestens 600 S, zu beharren, insbesondere in Hinblick auf den Reallohnverlust, der als Folge der ungenügenden Anhebungen innerhalb der letzten zwei Jahre entstanden ist."

Diese Forderungen sind umso berechtigter, als in den letzten zwei Jahren trotz steigender Hörerzahlen die Zahl der Assistenten in Österreich leicht gesunken ist. Eine ernsthafte Betreuung der Studenten geht daher immer mehr zu Lasten der Freizeit, zumal neben den steigenden Anforderungen in der Forschung die Verwaltungsarbeit seit der Einführung des UOG stark gestiegen ist.

J.M., Innsbruck

Gegen das Rationalisierungsprogramm

Zollbedienstete kündigen Kampfmaßnahmen an

Im Zuge der Rationalisierungswelle im öffentlichen Dienst sollen unter anderem in Kärnten 14 Dienststellen der Zollwache aufgelöst werden sowie 3 Funkleitstellen. Die Kärntner Finanzlandesdirektion, der die Zollbediensteten unterstellt sind, will in folgenden Orten die Dienststellen an der „grünen Grenze" auflösen: in Aich/Dob, Bach/Potok, Bleiburg/Pliberk, Globasnitz/Globasnica, Feistritz i.R./Bistrica v.R., Waidisch/ Bajtise, Zell Pfarre/Sele, Maria Elend/ Podgorje, Schlatten/Svatne, Ledenitzen/Ledince, Finkenstein/Bekstanje, Latschach/Loče, Thörl/Vrate, Arnoldstein/Podkloster, Vorderberg, Hermagor/Smohor, Egg/Brdo, Dellach/Doli, Kirchbach, Maria Luggau, Liesing sowie die Funkleitstellen in Mauthen, Völkermarkt/Velikovec und Villach/Beljak.

Dazu kommt, daß weitere Dienststellen zusammengelegt werden sollen. Entlassungen auf der einen Seite, lange Anfahrtswege zum neuen Arbeitsplatz und neue dienstliche Härten werden die Folge dieser Rationalisierungspolitik sein.

Die Bediensteten der Kärntner Zollwache werden sich dem Rationalisierungsprogramm der Regierung aber nicht so ohne weiteres unterwerfen: Sie haben ihre Personalvertretungen beauftragt, Kampfmaßnahmen zu organisieren. Am 13. Juni beschlossen die Zollwachegewerkschafter einstimmig: Nimmt die Finanzlandesdirektion die Auflassungspläne nicht zurück, so wird mittels „Dienst nach Vorschrift" gestreikt, der Urlaubsverkehr damit praktisch lahmgelegt. Schon jetzt haben die Personalvertretungen der Zollwachebediensteten von Salzburg, Steiermark und Vorarlberg angekündigt, daß sie die Kärntner Kollegen in ihrem Kampf unterstützen werden.

Kärnten: Wegen Einsparungspolitik 2 Postämter auf 4 Monate geschlossen!

„Entsprechend der der Post- und Telegraphenverwaltung durch die auferlegte einprozentige Personalkürzung vorgegebenen Personalsituation, sieht sich die Post- und Telegraphendirektion für Kärnten in Klagenfurt mit Genehmigung des zuständigen Bundesministeriums für Verkehr veranlaßt, in Kärnten zwei Post- und Telegraphenämter vorübergehend zu sperren und die damit freiwerdenden Arbeitskräfte zur Abwicklung gesetzlich zustehender Urlaubsansprüche einzusetzen." (zit. nach Kleine Zeitung, 5.6.77). Das ist das Eingeständnis der Post, daß es nicht mehr möglich ist, die Urlaube der Bediensteten abzuwickeln, ohne den Betrieb in einigen Ämtern lahmzulegen.

In den letzten zwei Jahren wurden bei der Post ca. 1000 Dienststellen eingespart. Zumeist wurde das Arbeitstempo in die Höhe geschraubt und die Arbeitsbelastung größer. Jetzt wurden die Postämter Klagenfurt 9014 und Kleblach 9752 geschlossen, in der Zeit vom 6. Juni bis zum 7. Oktober. Vor eineinhalb Jahren wurde von der Post- und Telegraphendirektion bekanntgegeben, daß sie das Postamt Kleblach überhaupt auflassen will.

Dagegen gab es vor kurzem Proteste, so daß sogar der Gemeinderat sich rührte.

Der Protest gegen die Schließung ist nur gerecht. Wieso soll sie durch die chaotische Urlaubsabwicklung bei der Post einen weiteren Weg zur Post in Kauf nehmen, der gerade im Sommer oft beschwerlich ist, wenn die Feldarbeit jede Minute in Anspruch nimmt?

Der Unmut der Postler über die Urlaubsabwicklung ist nicht geringer als der der Bevölkerung. Es ist nämlich oft der Fall, daß der Urlaub vollständig zerstückelt wird. Denn wenn ein Postler krank wird, dann muß derjenige, der gerade in Urlaub gegangen ist, wieder geholt werden. Die meisten Kollegen wissen das und lassen ihre Frau zum Telefon. Er ist dann meist irgendwo, auf der Alm etwa, wo es kein Telefon weit und breit gibt, sagt die Frau. Auf solch eigenartige Art und Weise wird der Urlaub „verteidigt". Es wird darauf ankommen, die Aufnahmesperre, die es bei der Post gibt, zu bekämpfen, damit der Urlaub auch zur Gänze und zu der Zeit, wann ihn die Postbeamten brauchen, genossen werden kann.

R.H.,
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Übersiedlung bei Eumig Wien/Wr. Neudorf

Alle Vorteile des neuen Werkes verschlechtern nur die Lage der Arbeiter

„Es hat schon viele Tränen gegeben seit der Übersiedlung, da waren die Arbeitsbedingungen im alten Werk noch um einiges besser." Das ist der Bericht einer Kollegin über die Übersiedlung des Eumig-Stammwerkes von Wien nach Wr.Neudorf. Im alten Werk waren die Arbeitsbedingungen schlecht und schwer zu ertragen. Nach fünfzigjährigem Bestehen wird das alte Werk zum größten Teil aufgelassen und ein dem neuesten Stand der Produktionsweise entsprechendes Werk errichtet. Aber in diesem neuen Werk sind die Arbeitsbedingungen noch schlechter, ist die Ausbeutung noch mehr verschärft worden, der Druck auf die Arbeiter und die gehässige Kontrolle sind noch größer geworden und durch die langen Anfahrtswege ist die Lebenszeit der Arbeiter noch mehr in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt worden.

Verschärfung der Ausbeutung, der Arbeitshetze und der Despotie

In den letzten Jahren sind die Eumig-Kapitalisten zu dem größten Filmprojektorhersteller der Welt geworden. Vor einem Jahr haben sie Verträge mit dem amerikanischen Konzern Polaroid abgeschlossen und im Herbst wollen sie die Produktion auf die Herstellung von Kasettenrekordern ausdehnen. Die Eumig-Kapitalisten wollen den Weltmarkt immer mehr beherrschen. Sie können es nur, wenn sie stets neue Methoden der Ausbeutung finden. Im alten Werk konnten sie zwar ständig die Akkordhetze an den einzelnen Maschinen steigern und sonst einiges zur Steigerung der Ausbeutung unternehmen, aber sie konnten den Produktionsablauf insgesamt nicht wesentlich rascher gestalten. Die alten Hallen, das vierstöckige Gebäude, die verschachtelten Gänge, die vielen kleinen, getrennten Abteilungen, die teilweise quer über einen Hof lagen, dies alles erschwerte es ihnen, die Arbeitshetze weiter zu steigern. Im neuen Werk in Wr. Neudorf ist das anders. Es gibt eine riesige ebenerdige Halle. Alle innerbetrieblichen Transportwege sind bedeutend verkürzt. Die Lager liegen günstiger, das Wegschaffen des Produktionsabfalls geht rascher. Es gibt weniger Leerläufe. Außerdem gibt es neue Maschinen. Für den Produktionsprozeß also lauter große Vorteile.

Doch die Kapitalisten haben auf der Entwicklung die Hand drauf, und deshalb werden alle Vorteile für die Arbeiter zu gewaltigen Nachteilen, zu einer Verschärfung der Ausbeutung.

Für die Arbeiter, die jetzt im besser organisierten Produktionsprozeß arbeiten, gibt es keinerlei Erleichterungen. Es wird ihnen viel mehr Arbeit aufgelastet und ihre Arbeit ist noch mehr dem Rhythmus der Maschinerie unterworfen als schon bisher. Die Einsteller haben noch mehr Maschinen zu betreuen, und den Kollegen im Werkzeugbau droht neuerlich die Einführung von Schichtbetrieb, den sie bisher großteils erfolgreich abwehrten.

Die Kapitalisten nützen die Neugestaltung des Produktionsprozesses auch dazu, um eine direktere und gehässigere Kontrolle über die Arbeiter auszuüben: Die neue Halle hat im ersten Stock eine Galerie, von der aus die Meister, der Stopper und die Firmenleitung einen guten Überblick haben. „Es ist wie im Häfen", sagen die Kolleginnen und Kollegen.

Wie eh und je haben die Kapitalisten auch im neuen Werk auf Kosten der Gesundheit der Belegschaft gespart wo sie nur konnten. Der Lärm draußen ist noch ärger, die Luft stickig und ölhältig, die Absaugvorrichtungen reichen bei weitem nicht aus, die Dämpfe der Lösungs- und Kühlungsmittel abzusaugen.

Weitere Vorteile für die Kapitalisten: Sie haben in Wr.Neudorf schon das Montagewerk und das Verwaltungsgebäude stehen. Sie haben draußen Steuervorteile und guten Verkehrsanschluß. Sie haben Arbeiter zur Verfügung, die weit zerstreut in der Umgebung wohnen und die nicht viel Möglichkeiten haben, sich auszusuchen, zu welchem Betrieb sie gehen wollen. Das schafft natürlich einen besonderen Druck auf die Arbeitsbedingungen und den Lohn. Für die Wiener Kollegen bedeuten die längeren Anfahrtswege eine große Verschlechterung – weniger Freizeit, weniger Zeit zum Wiederherstellen der Arbeitskraft, höhere Lebenshaltungskosten.

b.b. Zelle Eumig/Wien

Philips-Bauelemente/Klagenfurt

„Begrenzter Akkord" – ein besonderes Mittel zur Profitsteigerung

Im Bauelementewerk Philips/Ebental ist der Akkord begrenzt. Das heißt, von 76 bis 82 Einheiten bekommt man den Höchstsatz bezahlt (bis zu 45,- in der Stunde), über 82 Einheiten wird nichts bezahlt.

Was ist der Zweck einer solchen Regelung?

Will die Firma etwa durch ein solches System verhindern, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zuviel schöpfen und sich kaputtmachen dabei?

Begrenzter Akkord wird meist eingeführt, um den Ausschuß, der bei bereits hohem Akkord durch weitere individuelle Steigerungen größer würde, zu reduzieren.

Zweitens dient er dazu, um noch mehr unbezahlte Arbeit – je nach Gegebenheiten – aus den Arbeitern und Arbeiterinnen herauszupressen.

Das erste ist klar: der Höchstsatz und die Grenze des Akkords wird gerade so festgelegt, daß ein Maximum gearbeitet werden muß und der Ausschuß trotzdem möglichst niedrig gehalten werden kann. Daß diese Höchstsätze trotzdem immer nach oben wandern, zeigt, daß es sich keinesfalls um eine Vorsorge der Firma handelt, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen, sondern um eine Maßnahme, den Profit zu steigern und die Ausschußkosten möglichst gering zu halten.

Beim zweiten Grund muß man folgendes bedenken:

Warum und unter welchen Bedingungen arbeitet wohl z.B. eine Arbeiterin über die Höchstgrenze, wenn sie dafür sowieso nichts bezahlt kriegt? Das kommt bei Philips manchmal vor. Angenommen die Arbeitslosigkeit ist in Klagenfurt relativ hoch – was der Fall ist, besonders auf dem Gebiet der Industriearbeit: Man bekommt also schwer einen anderen Posten, einen gleichwertigen wahrscheinlich überhaupt nicht. Weiters angenommen, es werden Pläne der Firmenleitung bekannt, daß wieder der eine oder andere Arbeitsplatz „überflüssig" ist – was bei Philips ja wohl auch schon vorgekommen ist.

Solche Bedingungen nützt die Firmenleitung aus, um mit „sanfter Gewalt" mehr aus den Arbeitern und Arbeiterinnen herauszuholen. Da kann es schon vorkommen, daß man auch über die Höchstgrenze arbeitet, nichts dafür bezahlt kriegt und hofft, den Arbeitsplatz so zu behalten.

Und wozu führt das?

Die Kapitalisten und Aktionäre lachen, weil sie ja am zusätzlichen unbezahlten abgepreßten Mehrwert profitieren (siehe Kasten Gewinne Philips) – das ist die eine Seite.

Die andere Seite – die der Arbeiter – schaut dementsprechend schlecht aus: Der Akkord wird neu überprüft, der Höchstsatz wandert wieder in die Höhe, gleichviele Arbeiter produzieren mehr und machen dadurch Arbeitskräfte „überflüssig" – Entlassungen für einige, Kaputtschinden und 10 Jahre weniger leben für die anderen ist das Resultat.

Das Argument, daß begrenzter Akkord „sozial" sei und es um die Gesundheit der Arbeiter gehe, ist und bleibt eine faustdicke Lüge. Solche Maßnahmen dienen einfach der Profitsteigerung.

Anders, wenn die Arbeiter selbst auf den Plan treten und das Akkordsystem bekämpfen bzw. sich gegen einzelne Maßnahmen der Antreiberei wehren.

H.G./Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Philips-Jahresergebnis 76 - horrende Gewinne durch gesteigerte Ausbeutung

„Mit einer Steigerungsrate von 12 % erreichte der Weltumsatz der N.V. Philips Gloeilampenfabrieken 1976 ein Volumen von 30,4 Mrd. hfl. DER FÜR 1976 AUSGEWIESENE REINGEWINN VON 562 MIO hfl BEDEUTET IM JAHRESVERGLEICH EIN PLUS VON 46 PROZENT..... Auf Grnd der positiven Gewinnentwicklung verbesserte sich sowohl die Umsatzrentabilität von 1,4 auf 2,2 % als auch die Eigenkapitalrentabilität von 3,9 auf 5,6 %. Es ist zu erwarten, daß die Unternehmensleitung die Aktionäre an diesem Erfolg partizipieren läßt" (aus Börsendienst der Kärntner Sparkasse).

Eins ist klar bei diesem „Erfolg": erzielt wurde er durch die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter – die einzigen sind, die an diesem Erfolg NICHT partizipieren sondern den Schaden haben.

Bewährungshilfe: Resolution zu Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst

Nachfolgender Antrag zu den Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst wurde auf der gesamtösterreichischen Betriebsversammlung der Privatangestellten im Verein für Bewährungshilfe am 16.1. einstimmig als Beschluß gefaßt. Der Verein, dem in der Mehrzahl Bundesbedienstete (Bewährungshelfer) angehören, hat in ganz Österreich 81 Privatangestellte als Heimerzieher und Büropersonal beschäftigt. Der Beschluß hat Bedeutung für die Einheit mit den Bundesbediensteten, die in manchen Fragen zeitweise gegen die Privatangestellten in der Bewährungshilfe ausgespielt werden:

Die Betriebsversammlung beschließt:

„Die Betriebsversammlung der PA in der Bewährungshilfe beauftragt den Angestelltenbetriebsrat, an die Personalvertretung der Bundesbediensteten in der Bewährungshilfe heranzutreten mit der Aufforderung, auf die Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst in folgendem Sinn Einfluß zu nehmen:

1. Von den Forderungen der Gewerkschaft darf es keine Abstriche geben! 9,75 % und ein Mindestbetrag von 600,- sind ohnehin schon unzureichend, um den eingetretenen Lohnverlust in der laufenden Gehaltsperiode wettzumachen. Deshalb: 9,75 % und 600,- Mindestbetrag – und um nichts weniger! Das Inkrafttreten des neuen Gehaltsabkommens ist bereits für 1.7.77 durchzusetzen, um einen noch größeren Lohnverlust zu vermeiden. Die Geltungsdauer des neuen Abkommens darf 12 Monate nicht überschreiten.

Die Angestellten des Vereins für Bewährungshilfe und Soziale Jugendarbeit sichern den Bundesbediensteten für Schritte in diesem Sinn ihre volle Unterstützung zu."

2. Um eine möglichst effektive Vertretung dieser Forderungen zu erreichen, ist der Punkt 1 des Beschlusses den zuständigen Gewerkschaftsstellen und der Personalvertretung zuzuleiten und in der Bewährungshilfe bekanntzumachen."

BEGRÜNDUNG: Da sich die Gehälter der Privatangestellten des Vereins an denen der Bediensteten im öffentlichen Dienst (Wiener Gemeindebedienstete) orientieren, ist es notwendig, die Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst nicht nur wachsam zu beobachten, sondern auch in unserem Interesse zu beeinflussen.

11. Gewerkschaftstag:

Die Metall- und Bergarbeiter sollen auf die Unterstützung der Regierungspolitik vergattert werden

Vom 23. - 25. Mai 1977 hat der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter stattgefunden. Von seiten der bürgerlichen Presse sind vor allem die Übergabe des Vorsitzes von Benya an Sekanina, die Namensänderung auf Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und die damit in Zusammenhang stehende Debatte über das Industriegruppenprinzip (= die Organisierung der Gewerkschaften nach Branchen, nicht nach der sozialrechtlich unterschiedlichen Stellung von Arbeitern und Angestellten) hervorgestrichen worden. Aufgefallen ist, daß selbst von der Zeitung der Industriellenvereinigung „Die Presse" nicht einmal eine einzige kritische Silbe zum Gewerkschaftstag und dem dort beschlossenen Forderungskatalog gefallen ist. Obwohl dieser – von der Paritätischen Mitbestimmung bis zur Herabsetzung des Pensionsalters von 60 auf 55 Jahre – Forderungen enthält, die wohl kaum nach dem Geschmack des Kapitalistenverbandes sind. Schließlich hat sich sogar die Regierung massiv eingestellt – von Androsch (in Vertretung des Bundeskanzlers) bis zu Lütgendorf. Und sie hat keineswegs befürchten müssen, wegen des Steuerdrucks, der auf den Massen lastet, wegen der Anhebung der Arbeitslosenunterstützung usw. unter Beschuß zu kommen (obwohl auch zu diesen Fragen Anträge vorlagen).

Denn Benya, Sekanina und ihre SP-Gefolgsleute hatten den Gewerkschaftstag in ganz anderem Sinn und zu einem ganz anderen Zweck vorbereitet. Wenn schon nicht zu vermeiden war, daß in zahlreichen Anträgen auf Probleme geantwortet werden mußte, die tatsächlich in den Belegschaften der Metall-, Bergbau-, Elektrizitäts- und Erdölbetriebe eine Rolle spielen und deren dem Staat und der Kapitalistenklasse entgegenstehenden Interessen sichtbar werden lassen (neben den bereits erwähnten Anträgen sind noch die Forderungen nach personeller Verstärkung der Arbeitsinspektorate, Erhöhung des Kfz-Pauschales, Einspruchsrecht der Betriebsräte bei Überstunden, Verbesserung der Entgeltfortzahlung usw. behandelt worden), so sollte doch der Gewerkschaftstag mit seinem ganzen Echo in der öffentlichen Meinung und mit seiner Rückwirkung auf die Betriebe einem anderen Ziel dienen: Angesichts der keineswegs günstigen Lage der kapitalistischen Wirtschaft und der Staatsfinanzen und angesichts der Abnützungserscheinungen der SPÖ-Regierung sollte die stärkste Arbeitergewerkschaft auf die Unterordnung unter die Erfordernisse der krisenhaften Entwicklung in den Metallbranchen und auf die Hinnahme und Verteidigung der Regierungspolitik festgelegt werden.

„Wirtschaftspolitik" als Aufgabe der Gewerkschaften

Was der neue Vorsitzende Sekanina als Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre sieht, hatte er schon vor dem Gewerkschaftstag gegenüber der AZ geäußert: „Es geht .... nicht darum, den Kollektivvertrag und das Arbeiterrecht auszuweiten zu lernen, wir brauchen Spezialisten für Bilanzen, für Investitions- und betriebliche Strukturpolitik". (18.5.77)

Ergänzt und untermauert wurden diese Ansichten durch vorliegende Anträge, die eine Entlohnung der Betriebsräte durch die Kapitalisten und Aufsichtsratentschädigungen für Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat forderten. Reaktionäre Anträge, insofern als sie unweigerlich eine verstärkte Abhängigkeit und Bindung der Belegschaftsvertreter an den Kapitalisten nach sich ziehen und deren Eingliederung in die kapitalistische Betriebsführung fördern.

Daß die sozialdemokratische Führungsspitze den ÖGB und die Einzelgewerkschaften schon lange und insbesondere während der Krisenjahre nach dem Prinzip der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Arbeiterinteressen lenkten und einsetzten, mußte am Gewerkschaftstag massiv verteidigt werden. Schon auf den Landeskonferenzen war kein Auftritt der Hauptredner Benya, Sekanina und Wille (Zentralsekretär) vorübergegangen ohne Hochjubeln der Erfolge der Regierungspolitik gegen die Krise und ohne massivem Bekenntnis zu dem Preis, den die Arbeiterklasse dafür zu bezahlen hatte. Am Kongreß selbst wurde diese Linie fortgesetzt. Benya verstieg sich dabei sogar so weit, die Jahre 1975 und 76 als Jahre der Vollbeschäftigung auszugeben (trotz bis zu 100.000 Arbeitslosen), die Tatsache der Abnahme der Beschäftigten im Organisationsbereich der Metallarbeiter-Gewerkschaft selbst, um 20.000, wurde nur im Organisationsbericht erwähnt (zur Erklärung der geringfügigen Mitgliederabnahme). Für diese „Erfolge" wurde „Realismus", „unpopuläre Maßnahmen" und ein umfassendes „Maßhalten" gerechtfertigt und auch für die weitere Zukunft als Leitlinie der Gewerkschaftspolitik verordnet. Peinlich vermieden wurde, diesen Preis beim Namen zu nennen, den die Arbeiterklasse für die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft weiter ausbeuten zu lassen und dadurch ihr Leben zu fristen, abverlangt wurde und wird: Zunahme der Überstundenschinderei bei stagnierenden und auf kaltem Weg („natürlicher Abgang") gesenkten Belegschaftszahlen, Zwang zur Schichtarbeit, massive Rationalisierungen, Umstrukturierungen und Versetzungen mit Lohnverlusten, Reallohnabbau, sinkende Lebenserwartung usw. Es wirkt geradezu makaber, dem „mutigen Bekenntnis zum Maßhalten" Sekaninas den Antrag auf Herabsetzung des Pensionsalters für Arbeiter mit gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen gegenüberzustellen, der zeigt, wieviel Blutsaugerei und menschliches Leid sich hinter diesem „mutigen Bekenntnis" in Wirklichkeit verbirgt: Eine Herabsetzung des Pensionsalters für Schweißer, Monteure, Schichtarbeiter u.ä. Berufe wäre zweifellos notwendig angesichts der Tatsache, daß diese bekanntlich im Durchschnitt bereits zwischen dem 50. und 55. Lebensjahr sterben ....

Steuerausplünderung und Energiepolitik gerechtfertigt

Nicht nur ein Ja zur bisherigen Steigerung der Ausbeutung soll von den Metallarbeitern verlangt werden. Sekanina hat bereits davon gesprochen, daß weiterhin ein „harter Weg" bevorsteht. Sein Parteifreund Androsch hat sich vor einigen Wochen in dieser Richtung schon deutlicher ausgedrückt, als er mit seinen Vorschlägen nach gleitender Arbeitswoche u.ä. herausgerückt ist. Kein Wort ist am Gewerkschaftstag dagegen gefallen.

Doch damit nicht genug. Auch die Finanzierung des bürgerlichen Staates über die Massensteuern soll ungebrochen weitergehen. Dabei herrscht gerade unter den Metallarbeitern, die zu den besser verdienenden Branchen gehören, obwohl in den letzten Jahren eine größere Lohnsteigerung hauptsächlich nur mehr durch Verlängerung des Arbeitstages und verschärften Akkord zu erreichen war, ungeheurer Unmut über die Lohnsteuer. Auch in dieser Frage ziehen sich, angefangen von den Landeskonferenzen bis zum Gewerkschaftstag, die eindeutigen Stellungnahmen der führenden Sozialdemokraten durch – gegen jegliche Verminderung der Steuerbelastung bis auf weiteres (wahrscheinlich kurz vor den Wahlen).

Wen wundert es noch, daß auch in der Frage der Energiepolitik vom VOEST-Zentralbetriebsratsobmann Brauneis über Arbeiterkammer-Präsident Czettel bis zu Zentralsekretär Wille auch in der Frage der Kernenergie kompromißlos der Standpunkt von Regierung und Kapital eingenommen und propagiert wurde.

Statt Industriegruppenprinzip – Unterstützung für Sekaninas Karriere

In keiner einzigen Frage ist von Sekanina & Co. irgendetwas für die Interessen der Arbeiterklasse zu erwarten. Sie können höchstens gezwungen werden, bestimmte Probleme aufzugreifen. Wenn sie das tun, tun sie es wie jeder andere bürgerliche Politiker: Ungezählt sind die Äußerungen für die Vollbeschäftigung, gegen Arbeitslosigkeit. Doch kein einziger hat auf die schwerwiegenden Folgen für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Existenz der Arbeiterfamilie o.ä. bezug genommen. „Arbeitslosigkeit ist eine große Gefahr für die Demokratie", hat Sekanina gesagt und deswegen ist er und seinesgleichen gegen eine „zu große" Arbeitslosigkeit.

Viel ist rund um den Gewerkschaftstag auch vom Industriegruppenprinzip die Rede gewesen. Doch Benya hat in einem AZ-Interview klargestellt, worum es wirklich geht: Zwar sollen Kollegen, die weiterhin die gleiche Tätigkeit ausüben, aber ins Angestelltenverhältnis übernommen werden, ab jetzt Mitglied der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie bleiben, doch: Man muß „vernünftige Grenzen" dafür finden, das „Industriegruppenprinzip steht in unserem Statut, aber in 32 Jahren hat es sich nun eingelebt, daß es Betriebe gibt, in denen zwei Gewerkschaften vertreten sind" (24.5.77). In jedem Betrieb sind Arbeiter und Angestellte getrennt gewerkschaftlich organisiert, und so soll es auch bleiben. Nur soll die Angestelltengewerkschaft nicht zu stark werden, damit Sekanina für den ÖGB-Präsidenten bessere Chancen als Dallinger hat. Es ist traurig, aber es ist so: Nicht die Einheit und Geschlossenheit der ganzen Branche – ob Arbeiter oder Angestellter – gegen die Kapitalisten soll gefördert werden, sondern dem prinzipienlosen Karrierismus eines bürgerlichen Politikers vom Schlage eines Sekanina soll Schützenhilfe gegen werden – nach solchen Gesichtspunkten diktieren die sozialdemokratischen Führungsspitzen den Gewerkschaften ihr Organisationskonzept.

Der Gewerkschaftstag hat nichts entschieden

Von seiner ganzen Anlage her, von der ganzen Zusammensetzung her konnte der Gewerkschaftstag nichts entscheiden: Die sozialdemokratischen Spitzen des Staates und des Kapitals (v.a. der Verstaatlichten Industrie) haben versucht, 379 stimmberechtigte Delegierte (etwa 1 pro 750 gewerkschaftliche organisierten Metallarbeitern) auf ihre Politik zu vergattern. Die Mehrzahl dieser Delegierten ist vielfältig verbandelt und abhängig von diesen Spitzen.

Deswegen ist von diesem Kongreß weder im positiven noch im negativen Sinn etwas als entschieden zu betrachten. Die Forderungen aus den Betrieben, die sich in einzelnen Anträgen niedergeschlagen haben, werden im Zentralvorstand bis zum nächsten Gewerkschaftstag verschwinden oder nur mehr arg verstümmelt in die tatsächliche Gewerkschaftspolitik eingehen – wenn nicht der Druck und die bewußte Einflußnahme aus den Betrieben verstärkt wird. Die Vergatterung der Gewerkschaft auf die SP-Regierungspolitik ist bis jetzt nur Papier. Ob sie in den Betrieben greift, das ist die entscheidende Frage und hier liegen unsere Aufgaben. Die Entscheidung eines Brauneis, der seit den 50er Jahren vom Geschäft der Gängelung der VÖEST-Arbeiterschaft lebt, war vorauszusehen. Daß die Metall-, Bergbau-, Elektrizitäts- und Erdölarbeiter zum praktischen Kampf gegen die Kapitalisten um ihren Lohn und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen antreten und in den wachsenden Auseinandersetzungen des Volks gegen den bürgerlichen Staat die ihnen zukommende Rolle übernehmen, ist durch diese Entscheidung keineswegs zu verhindern.

A.R.

Funder/Kärnten: Ein Beispiel für „gleitende Arbeitswoche"

Schon vor einigen Jahren zeigte sich den Kollegen bei Funder, St. Veit, für wen das „gleitende Wochenende" seine Vorteile hat. Zunächst ordneten die Kapitalisten generell Samstag-Sonntag-Arbeit an, weil möglichst rasch produziert werden mußte. Bei der Einführung hat sich damals die Schicht beim Imprägnierkanal geweigert, am Wochenende zu arbeiten. Daraufhin hat der Herr Betriebsleiter Wagner folgende Regelung eingeführt: Diese Leute haben Montag/Dienstag frei gekriegt, dafür haben sie Samstag/Sonntag arbeiten müssen, drei Wochen lang. Sie hatten also ein „gleitendes Wochenende". Weil es für den kapitalistischen Produktionsablauf vorteilhaft war, konnten die Arbeiter ihr Wochenende nicht gemeinsam mit ihrer Familie verbringen. Montag/Dienstag kriegten sie frei, damit sie eher auf den Feiertagszuschlag verzichten. Denn auf die Beschwerde und Anfrage von Kollegen, daß ja eigentlich für Samstag/Sonntag die Zuschläge von 50 bzw. 100 % gezahlt werden müßten, dies der Betriebsleiter ab – und der damalige Betriebsrat hat die Aussage vom Betriebsleiter bestätigt.

Nicht genug damit, daß die Kapitalisten das freie Wochenende gestrichen hatten, verfügten sie nach drei Wochen Zwangsurlaub. Es war schon so viel produziert worden, daß die zusätzliche Schicht nicht mehr nötig war. Um auch bei künftigen Aufträgen klaglos Wochenendarbeit anordnen zu können, hoben sie die erste Regelung nicht auf, sondern verfügten folgendes: Montag/Dienstag frei, Mittwoch bis Freitag wird gearbeitet und Samstag/Sonntag ist „Zwangsurlaub". Genauso wie damals für die Funder-Kollegen soll es nach dem Androsch-Vorschlag für alle Lohnabhängigen ausschauen: Das „gleitende Wochenende" soll unsere Arbeitskraft jederzeit für die Kapitalisten verfügbar machen und die gesamte Lebenszeit des Arbeiters vollständig dem Rhythmus der Profitproduktion unterordnen.

a.f./Kärnten

Innsbruck:
Nach der Demonstration berieten Soldaten über ihre Lage

Während und nach der Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle sprachen wir mit den Soldaten, die sich beteiligt oder zugesehen hatten. Diese Soldaten – größtenteils Arbeiterjugendliche oder Werktätige aus Vorarlberg – waren sehr erbost über die Zustände im Bundesheer: Sie sehen genau, wenn sie nach Tirol in die Kasernen eingesperrt werden, während viele Tiroler in Vorarlberg ihren Wehrdienst ableisten, dann zeigt das, wie sehr es der Bourgeoisie daran liegt, die ins Heer gepreßten Söhne des Volkes aus ihrer Umgebung herauszureißen, sie zu „100 % Heereseigentum" zu machen, um ihnen so das Kreuz zu brechen, daß sie für die Interessen der herrschenden Klasse eingesetzt werden können.

Entrechtung und Unterdrückung, das ist der Alltag. In der Fennerkaserne (Bataillonskommando, Stabskompanie, Nachschubeinheiten) sind fast alles „Längerdiener". Wer nicht freiwillig unterschreibt, dem wird mit der Versetzung nach Lienz gedroht. Lienz, das bedeutet für einen Vorarlberger Wehrpflichtigen, daß er kaum mehr nach Hause kommt, denn das sind 12 Stunden Fahrt. Lienz, das ist eine „Strafkompanie" für solche, die sich nicht „freiwillig" länger verpflichten: dort amtiert jener Schleifer, der den Tod des Soldaten Wandl auf dem Gewissen hat.

Berichtet wurde auch von einem Soldaten, der mit einem gebrochenen Arm Kalkkübel tragen mußte. Nach einem Monat wurde in der Klinik festgestellt, daß der Bruch noch immer nicht zusammengewachsen war – das ist die Folge der Zustände in der Heeressanität und in der Fennerkaserne. Und das ist kein Einzelfall: Kranke werden für Maurerarbeiten herangezogen. Vor einiger Zeit wurde eine Salmonellenerkrankung vollständig totgeschwiegen. Behandelt wurde mit Tee und Zwieback.

Noch ist das individuelle „Blödstellen", das vereinzelte Aufbegehren gegen besonders verhaßte Schleifertypen, die vorherrschende Form des Widerstandes. Aber es wächst die Klarheit, warum die Soldaten so entrechtet und schikaniert werden. Es wächst der Wunsch nach Organisation: Wie kann man die Zustände im Bundesheer nicht nur aufdecken, an die Öffentlichkeit bringen, sondern auch bekämpfen? Das war die beherrschende Frage in der Diskussion mit den Soldaten. Die Erfahrungen von Wiener Kasernenkomitees stoßen auf großes Interesse. Der „Querschläger" ist bekannt (und wird z.B. in Bregenz in großer Zahl vertrieben). Er wird jetzt auch in Tiroler Kasernen verbreitet.

gf, OG Innsbruck

Linzer AKW-Sternfahrer beschließen Auftreten gegen die Wehrgesetznovelle

Auf der Heimfahrt im Bus von Zwentendorf nach Linz hat unsere 50-köpfige Busbesatzung nocheinmal den großen Erfolg der Sternfahrt und die weiteren Aufgaben über das Bordmikrophon besprochen. Dabei wurden auch die Kriegsvorbereitungen der herrschenden Klasse angeschnitten, deren Bestandteil nicht nur das Atomenergieprogramm ist. Gerade in den letzten Wochen ist die Wehrgesetznovelle zum Kern einer wichtigen Auseinandersetzung mit den Militarisierungsvorhaben der Bourgeoisie geworden.

Nach einer Erläuterung der Folgen dieser Gesetzesvorlage der SP-Regierung und der politischen Fronten in dieser Frage bekräftigten alle Anwesenden ihre Entschlossenheit, in ihren Organisationen und gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften für einen Aktionstag gegen die Wehrgesetznovelle am 16.6. in Linz einzutreten. Mit einhelligem Applaus wurde dieses Hinarbeiten auf ein öffentliches, gemeinsames Auftreten zum Beschluß erhoben.

P.K., Linz

Aktionen zur Wehrgesetznovelle

- 16.6. Demonstration in Innsbruck
- 16.6. *Linz:* Zentraler agitationsstand des Aktionskomitees gegen die Wehrgesetznovelle, ca. 40 Broschüren des Komitees verkauft.
- 16.6. *Graz:* Demonstration
- 24.6. *Wien:* Aktionstag; „Querschläger"-Veranstaltung
- 24.6. *Linz:* Veranstaltung der Ortsgruppe des KB zur Vorbereitung einer Demonstration am 28.6.
- 29.6. *Salzburg:* Demonstration
- 29.6. *Wien:* Demonstration



LKW-Unfall:
Insektengift vergiftet Salzach

Unlängst kippte ein griechischer LKW bei Bischofshofen um. 150 Fässer mit dem Insektengift Thiodan waren geladen. Weil die Fässer nur aus Pappe waren, sind 75 davon zerplatzt oder aufgerissen. 5 sind in die Salzach gerollt.

LKW-Unfälle gibt es häufig. Nicht selten verursacht durch die Frächterfirmen, die die Fahrer mit kurzen Zeitbegrenzungen in eine enorme Fahrhetze jagen.

Von den 5 in die Salzach gestürzten Fässern konnten nur 2 geborgen werden. Die anderen drei wurden aufgeweicht und vergifteten allein nach Angaben zweier Fischereivereine 50.000 Fische. In den „Salzburger Nachrichten" stand dazu lakonisch, daß die Stärke der Giftkonzentration zweibis dreimal so hoch sei, „als ein gesunder Fisch vertragen kann" (10.6.). Die Berührung oder Einatmung des Giftes kann nach Angaben der Herstellerfirma epileptische Anfälle und Leberschäden ergeben.

Stahlblechbehälter, die bei solchen Unfällen ermöglichen, alle Fässer durch Taucher zu bergen, schafft die Herstellerfirma, der deutsche Chemiekonzern Höchst bei Frankfurt trotzdem nicht an: „Wir transportieren seit 15 Jahren Thiodan in diesen Fässern, ohne daß irgend etwas Größeres passiert wäre. Jedenfalls sind wir für keinerlei Schäden ... haftbar, sondern die Speditionsfirma. Von der Sicherheit von Blechbehältern sind wir nicht überzeugt und werden deshalb weiterhin diese Kartontrommeln verwenden." (Kronen Zeitung, 8.6.)

Die Erzielung des größtmöglichen Profits führt zur wachsenden Ruinierung der Lebensbedingungen des Volkes.

O.

Pädak Wien:
Studenten treten ideologischer Kriegsvorbereitung des Staates entgegen!

Seit neuestem gibt es auf der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien eine Pflichtlehrveranstaltung mit dem Titel „Geistige Landesverteidigung". Wer Lehrer werden will, muß diese Veranstaltung besucht haben. Auf solche Weise versucht der Staat, die zukünftigen Lehrer dahin zu beeinflussen, daß sie die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie in den Schulen aktiv vertreten. Dieses Vorgehen ist auch im Sinne der sogenannten Verteidigungsdoktrin, die im Punkt 3 festhält: "Die Voraussetzung hiefür ist bereits in der Schule dadurch zu schaffen, daß die Ziele der umfassenden Landesverteidigung im Unterricht vermittelt werden."

Das allerdings ist nicht immer leicht. Um diese Erfahrung kamen auch ein General des Bundesheeres und seine Experten nicht umhin, die auf der Pädak diese Aufgabe durchführten. In seinem Vortrag wies der General darauf hin, daß seiner Meinung nach ein „totaler Krieg" noch fünf bis zehn Jahr hinausschiebbar sei und Österreichs Bevölkerung zur Verteidigung „unserer Demokratie" leider noch viel zu wenig gerüstet sei. Insbesondere, beklagte er, sei laut einer staatlichen Umfrage nicht einmal die Hälfte der österreichischen Bevölkerung bereit, das parlamentarische System aktiv zu verteidigen und die Politiker hätten in der Öffentlichkeit nur ein geringes Ansehen. Diese Aussagen haben die anwesenden Studenten nicht gewundert. Weiters meinte der General, es ginge in Österreich jedem gut und wir hätten eine Demokratie und die Neutralität zu verlieren. All das zu erhalten stünde das Bundesheer bereit und jeder Österreicher müsse sein Scherflein dazu beitragen, diese Zustände zu verteidigen. Auf diese Aussagen hin entzündete sich spontan eine heftige Diskussion. In mehreren Beiträgen wurde die Darstellung des Generals von den Studenten heftig bezweifelt. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß der zukünftige Krieg für einige wenige Nutzen bringe, für die meisten Österreicher aber eine Katastrophe sei und es da kein gemeinsames Interesse gäbe. Außerdem diene das Bundesheer auch dazu, notfalls streikende Arbeiter niederzuhalten und schon heute könne man in der Frage der Kernkraftwerke sehen, auf wessen Seite das Bundesheer eingesetzt wird. Beschützt es doch das AKW Zwentendorf, das von der österreichischen Bevölkerung immer heftiger abgelehnt würde. Auch hier sei von gemeinsamen Interessen und Demokratie nichts zu bemerken.

Auf diese Argumente kam den Herren vom Verteidigungsministerium keine rechte Antwort heraus. Der General half sich mit Floskeln wie „solange er General sei, werde er nicht zulassen, daß das Heer gegen Arbeiter eingesetzt werde." Nach einiger Zeit wußten sich die Herren keinen anderen Rat mehr, als die Diskussion gewaltsam abzuwürgen, indem sie trotz Wortmeldungen einfach ihre vorbereiteten Referate herunterleierten.

Es konnte diese Lehrveranstaltung also erfolgreich dafür genutzt werden, in verschiedenen Fragen gegen die ideologische Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie aufzutreten. Es hat sich allerdings auch gezeigt, daß noch wenig Klarheit darüber besteht, auf welcher Linie man dem drohenden Krieg entgegentreten muß und wie die Unabhängigkeit Österreichs tatsächlich verteidigt werden kann. Hier haben die Kommunisten noch große Aufgaben vor sich.

HK, Marxistisch Leninistische Studenten Wien

Studenten streiken gegen reaktionäre Studienreform

Anfang Juni haben in Wien am Psychologischen und Pädagogischen Institut und an der Akademie für Angewandte Kunst Vorlesungsboykotts und Streikversammlungen stattgefunden, mit denen Hunderte Studenten gegen die neuen Studienordnungen protestierten. Ungefähr zur gleichen Zeit hat die Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Salzburg zu einem passiven Vorlesungsstreik gegen die Reform des Studiums für Mittelschullehrer aufgerufen. Auch in Klagenfurt gab es Unruhe.

Die Kampfmaßnahmen richten sich in erster Linie gegen die Studienverschärfungen, mit denen die Studenten verstärkt an die Kandare genommen werden sollen:

Die Zahl der Pflichtstunden wird verdoppelt, die Studiengänge werden durchrationalisiert, durch Verschärfung des Prüfungsdrucks wird die Auslese und Konkurrenz unter den Studenten verschärft. Zwei Maßnahmen erregen besondere Empörung:

1. Die Prüfungen müssen in genau vorgeschriebener Reihenfolge in einem bestimmten Zeitraum abgelegt werden. Wenn ein Student aus irgendwelchen Gründen zwischen zwei größeren Prüfungen mehr als drei Semester verstreichen läßt, werden alle vorherigen Prüfungen ungültig und er muß aufhören oder von vorne anfangen. Im Zusammenhang damit, daß die meisten wichtigen Lehrveranstaltungen überfüllt und die Teilnehmerzahlen beschränkt sind, braucht man nur einmal durchfallen und keinen Seminarplatz bekommen - schon ist es aus.

2. Wenn der erste Abschnitt des Studiums nicht innerhalb eines festgelegten Zeitraumes abgeschlossen wird, kann das Studium nicht fortgesetzt werden, bis nicht die entsprechenden Prüfungen abgelegt sind. Das bedeutet, daß man das Stipendium verliert oder zum Bundesheer eingezogen werden kann.

Für den Herbst zeichnen sich breitere und schärfere Auseinandersetzungen ab: Einer Delegation der streikenden Studenten wurde im Wissenschaftsministerium beschieden, daß über ihre Forderungen „nicht verhandelt" werde.

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN DIE ANTIFASCHISTEN!

Dokumentationsbroschüre des KB Österreichs, Ortsgruppe Salzburg.
Solidaritätspreis S 10,-
Aus Anlaß der Vorfälle um den Nazipropagandastand am Alten Markt in Salzburg und der Verhaftung von Antifaschisten, darunter drei Mitgliedern des KB und des MSB (siehe „Klassenkampf" 11,12/77) bringt die Ortsgruppe Salzburg eine Dokumentationsbroschüre heraus. Sie soll der weiteren Entwicklung der Solidaritätsbewegung gegen die laufenden Verfahren dienen. Ebenso wurde eine Spendenaktion zur Deckung der Prozeßkosten eingeleitet. Zahlungszweck:

SOLIDARITÄT MIT DEM ANTIFASCHISTEN LUDWIG HARTINGER
Kontonummer:
12 42 544, Salzburger Sparkasse

Spanien: Mit den Wahlen will die Oligarchie die Zersetzung der Volkskämpfe vorantreiben

Die Wahlen in Spanien am 15. Juni sind von den bürgerlichen Zeitungsschreibern hochgejubelt worden als Beweis des überganges des Faschismus zur Demokratie. „Ein Feiertag für die Demokratie" kommentierte H. Portisch im „Kurier". Tatsächlich hat sich die spanische Regierung im letzten Jahr sehr beeilen müssen, um mit ihren Reformen noch rechtzeitig herauszukommen.

Die Herrschaft der spanischen Finanz- und Großgrundbesitzeroligarchie war ernsthaft ins Wanken geraten durch die heftigen Schläge der antifaschistischen Massenbewegung des spanischen Volkes. Der Faschismus konnte seine Aufgabe – die Sicherung der Ausbeuterherrschaft der Oligarchie sowie der wirtschaftlichen und strategischen Interessen des US-Imperialismus – nicht mehr erfüllen. Die Arbeiterbewegung ließ sich auch mit brutalsten Mitteln nicht mehr unterdrücken, die revolutionäre Volksbewegung richtete sich direkt gegen den faschistischen Staat und die Oligarchie mußte fürchten, daß mit dem Faschismus ihre Klassenherrschaft gestürzt wird. Daß ihr leere Liberalisierungsversprechungen nichts nützen, mußte sie schon Anfang der 70er Jahre erfahren. Nach dem Tode Francos und als auch die Verwandlung Spaniens in eine Monarchie die Volkskämpfe nicht zum Halt brachten, mußte sie zum Handeln übergehen. Dies umso mehr, als die USA-Supermacht alles Interesse daran hatte und hat, daß ein politisch zuverlässiges Spanien rasch in NATO und EG aufgenommen wird. Dieses Interesse der US-Imperialisten wuchs in dem Maß, in dem sich ihr Ringen mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft intensivierte und diese sogar schon begann, ihre politische Einflußnahme auf Spanien und vor allem Portugal auszudehnen.

Freiwillig gaben US-Imperialismus und Oligarchie der gegen sie anstürmenden antifaschistischen, antiimperialistischen Massenbewegung nichts. Jedes kleinste Zugeständnis an die Forderungen des spanischen Volkes ließ die Regierung immer nur dann heraus, wenn sie nicht mehr anders konnte oder wenn sie sich davon eine Schwächung des Volkswiderstandes erhoffte – sei es die teilweise Amnestie, beschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, Recht auf Bildung von Gewerkschaften oder Zulassung gewisser Parteien. Bei alldem kann von einer Auflösung des faschistischen Staatsapparates, von einer Beseitigung der faschistischen politischen Strukturen des Landes keine Rede sein. Zwar wurden die verhaßten Sondergerichtshöfe aufgelöst und einige andere Einrichtungen, die den offenen Terrorismus des Franco-Regimes zum Ausdruck brachten, aber selbst diese oder ähnliche Institutionen können wieder geschaffen werden. Typisch für die Reform des faschistischen Machtapparates ist das Schicksal der faschistischen Einheitspartei „Falange". Ihre Büros wurden liquidiert, aber ihr ehemaliger Generalsekretär Suarez wurde Ministerpräsident und Leiter des „Reformprozesses". Ihre Büros wurden liquidiert, aber die dort tätigen Beamten, eines der Rückgrate der faschistischen Machtausübung, wurden samt und sonders in den Staatsdienst übernommen. Das Grundgesetz Francos ist weiter in Kraft – von der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung ist keine Rede. Der in den USA erzogene Monarch bestimmt wie Franco den Ministerpräsidenten und ernennt einen Teil der Senatoren. Genau einen Monat vor der Wahl schoß die Guardia Civil mit Maschinenpistolen in Demonstrationen für die völlige Amnestie im Baskenland und ermordete 4 Menschen. Die Demonstranten verteidigten sich und errichteten über 100 Barrikaden. Mit einem lückenlosen Generalstreik von 600.000 Werktätigen wurde daraufhin das Baskenland lahmgelegt - in Protest gegen die Morde und für die Amnestie. Der König mußte wieder ein paar gefangene Basken freilassen.

Auch das Verbot und die gewaltsame Zerschlagung von Demonstrationen am 1. Mai und zum Tag der Republik geben Auskunft über die Art des „Demokratisierungswillens" des Königs und seines Ministerpräsidenten. Sie haben sich auch auf die Wahlen gut vorbereitet. Mit der Demokratischen Zentrumsunion (UCD) unter Führung des Ministerpräsidenten Suarez haben sie sich ein neues Betrugsinstrument geschaffen, mit dem erklärten Ziel, „von den zwei Fronten zu flüchten". Diese Union ist ein Sammelbecken für ehemalige Würdenträger und Funktionäre des Franco-Staates, die nicht allzusehr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt sind; unter ihnen auch Pio Cabanillas, Minister in jener Regierung, die die Ermordung von Puig Antich anordnete, F. Ordonez, Präsident der INI (Nationale Industriegesellschaft) unter Franco, Garrigues Walker, Großbankier und Vertreter der US-Interessen in Spanien.

Die Oligarchie braucht Helfershelfer bei ihrem Versuch, die „zwei Fronten", nämlich zwischen ihr und dem Volk, wieder zu versöhnen, d.h. die Massen sich an der „Demokratisierung" berauschen zu lassen und vom Kampf für ihre sozialen und politischen Ziele abzulenken. Sie hat diese zu ihrer vollen Zufriedenheit gefunden in den Sozialdemokraten der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) und den Revisionisten der PCE (Kommunistische Partei Spaniens). Beide Parteien haben sich mit der Oligarchie, auf die sich der US-Imperialismus stützt, arrangiert. Sie arbeiten ihr in die Hände, indem sie den antifaschistischen Volkswiderstand von innen zersetzen. Auch die Revisionisten der PCE erfüllen diese Aufgabe, obwohl sie natürlich zugleich Wegbereiter der sowjetischen Einflußnahme sind. In ihrer Anbiederung an die Oligarchie ging die PCE sogar so weit, die von Franco eingesetzte Monarchie anzuerkennen; auf ihren Wahlversammlungen pflanzte sie die Fahne Franco-Spaniens neben ihre eigene, während das spanische Volk auf den Straßen die Fahne der Republik hochhält. Sie propagiert in ihrem Wahlprogramm die Wahlen als „Garantie für die Stabilität und das friedliche Zusammenleben der Spanier in der Zukunft" (Volksstimme, 11.5.). Ihr Rezept für die schwere Wirtschaftskrise ist „nationale Verantwortung" und Beitritt zur EG, aber ja keine Verstaatlichung oder gar eine Änderung des Wirtschaftssystems; gegen die NATO-Stützpunkte hat sie noch nie etwas gehabt. Auch die PSOE tritt für die Beibehaltung der „sozialen Marktwirtschaft" ein, macht aber durch klassenkämpferische Parolen weit mehr Zugeständnisse an den Willen der Massen, den antifaschistischen Kampf bis zum Schluß fortzusetzen. Der Anschluß Spaniens an die EG ist für sie unverzichtbar, sie trägt auch den Hauptteil dazu bei, daß die westlichen Imperialisten die Eingliederung Spaniens in die EG vor den Völkern rechtfertigen können. Dementsprechend zahlte die Sozialistische Internationale den aufwendigen Wahlkampf der PSOE: der Parteiführer Gonzales hetzte in einem Privatjet ganz im Stil der europäischen Bruderparteien von einer Veranstaltung zur anderen.

Die Wahlen trugen alle Zeichen der monarcho-faschistischen Herrschaft an sich:

Mit der Einteilung der Wahlbezirke etwa hatte Suarez vorgesorgt, daß Millionenstädte wie Madrid und Barcelona genauso viele Senatoren stellen wie ländliche Gebiete mit einigen zig-tausenden Einwohnern. Dafür wird aber die Cortes aufgelöst. Eine geheime Wahl gab es über weite Strekken des Landes nicht. Für den Wahlkampf war vorgesorgt, in weniger als zwei Stunden konnte Madrid „im Notfall" besetzt werden. (Le Monde, 14.6.) Den Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren – 2 Millionen Spanier – wurde das Wahlrecht verweigert. Massiv griffen die ausländischen Imperialisten ein. Trotzdem hat das Volk dem Faschismus eine klare Absage erteilt. Die Alianza Popular (offene Befürworter des Franco-Faschismus in seiner traditionellen Form), die sich offen für die Beibehaltung des Franco-Systems aussprach, erhielt nur 8,5 % der Stimmen. Die UCD erhielt 31,3 %, PSOE 28,6 %, PCE 9,4 %.

Heuer wird die Inflation 30 % erreichen. 1 Million Arbeitslose lasten auf der spanischen Arbeiterklasse, die Abhängigkeit vom US- und EG-Imperialismus wird durch die „Salonfähigkeit" des spanischen Regimes vorangetrieben werden. Die erste Erklärung Suarez nach den Wahlen war, daß es nun darauf ankomme, die Wirtschaft zu sanieren, was für die nächsten 4 bis 5 Jahre Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate bedingt. Die Reformisten und Revisionisten werden es sehr schwer haben, die Fesseln um die Arbeiter- und Volksbewegung enger zu ziehen. Nur die Revisionisten und Sozialdemokraten können überhaupt versuchen, diese Aufgabe zu bewältigen. Nur sie haben Einfluß auf die Arbeitermassen. Suarez wird sich auf sie stützen müssen und sie werden dafür an der Herrschaft über die spanischen Arbeiter und Bauern teilnehmen dürfen. Wie sehr Suarez auch versuchen wird, auf diesem Weg die Probleme der Oligarchie zu lösen, brutale politische Unterdrückung wird immer dabei sein. Der faschistische Staatsapparat, die monarcho-faschistischen politischen Strukturen, werden nicht zur Ruhe kommen.

Das spanische Volk hat gelernt, daß es ohne heftigen Kampf nichts erreicht. Es will nicht dieselbe Ausbeutung und imperialistische Abhängigkeit und Ausplünderung nur in demokratischerer Form. Es will Herr über sein eigenes Land sein. Daß es sich dazu von Reformismus und Revisionismus lösen muß und die volksdemokratische Revolution bis zu Ende führen, wird ihm durch die parlamentarische Teilnahme von PSOE und PCE am Geschäft der Oligarchie noch deutlicher werden.

C.R.

Solidarität mit den Verurteilten des Iberia-Prozesses!

Spendet für M.Hubmann

Am 2. Oktober wurde ich im Verlauf einer Demonstration gegen das faschistische Franco-Regime vor dem Büro der staatlichen spanischen Fluggesellschaft, Iberia, festgenommen. Die Polizei beschuldigte mich, Widerstand geleistet und zwei ihrer Leute verletzt zu haben. Ein Polizist hätte durch einen Schlag oder durch einen Wurf mit einem 20 x 20 cm großen Betonstück eine kleine Beule am Hinterkopf erlitten. Der zweite verletzte Polizist ließ seine Verletzung vom rechten Unterschenkel über das Knie bis zum linken Oberschenkel wandern. Der Untersuchungsbericht vom Wilhelminenspital konnte keinerlei Verletzung feststellen.

Für die Richter war die Lage klar. „Ohne die Polizeibeamten glorifizieren zu wollen, kann wirklich nur den Polizeibeamten geglaubt werden."

Dieser Glaube rechtfertigt eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten, bedingt auf 3 Jahre.

Mit diesem Urteil wurde ich, stellvertretend für alle Demonstranten, zum Kriminellen. Staatsanwälte und Richter waren einer Meinung darüber, daß „...-Leute, die solche Übergriffe machen (gemeint sind die Steinwürfe auf das Iberia-Lokal), alle Glaubwürdigkeit verloren haben, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Sie sind ausschließlich Kriminelle." Es ging also gar nicht mehr um mein Verhalten während der Demonstration, sondern um meine Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration. Meine Aburteilung ist stellvertretend für die Verurteilung der gesamten Demonstration.

Über die Haftstrafe hinaus belastete mich dieser Prozeß durch hohe Anwaltskosten. Insgesamt wurden von mir 49.000 Schilling verlangt. Um die Folgen dieses Verfahrens aufzuheben, rufe ich zu einer Spendensammlung auf und bitte alle Organisationen und Menschen, diesen Aufruf zu veröffentlichen und zu verbreiten und die Spendensammlung zu unterstützen.

Spendenkonto: Villacher Sparkasse 0001-324375. Zahlungszweck: Spenden gegen die Verurteilung von Manfred Hubmann.

(Auszüge aus der Erklärung von M. Hubmann)

Solidaritätsveranstaltung mit einem Vertreter des Zimbabweschen Volkes in Wien:

350 Menschen kamen zur Veranstaltung mit Rex Chiwara, einem Vertreter der ZANU/Patriotischen Front von Zimbabwe. Folgende Organisationen, die auch an der Spendensammlung teilgenommen hatten, riefen dazu auf: Arabische Studentenorganisation, GRM, Iranische Studentenorganisation, KB Österreichs/OG Wien, KSA/Wien, MLS, VKI. Die „Schmetterlinge" spielten Lieder über Zimbabwe und Azania.

Die Veranstaltung war als Ganzes eine begeisterte Kundgebung der Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker des Südlichen Afrika, insbesondere des Volkes von Zimbabwe, das dort heute an vorderster Front im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte steht.

Die Veranstaltung war in mehrerer Hinsicht ein Grund zur Freude: Die nunmehr abgeschlossene Kleider-, Geräte- und Geldsammlung für Zimbabwe konnte Rex Chiwara übergeben werden. Die Spenden werden Anfang Juli in die Ausbildungslager der Befreiungsbewegung nach Mozambique geschickt. 10.000.–S, über eine Tonne Kleider, mehrere Radios u.ä. sowie Schulmaterial, wurden gesammelt. Auf der Veranstaltung allein wurden noch einmal 8.997.–S gespendet. Die Anwesenden bekräftigten auch ihre Solidarität mit dem Volk von Mozambique, das am 25. Juni den 2. Jahrestag seiner Unabhängigkeit feiert, sowie mit dem Volk von Azania, dessen Freiheitskampf vor ca. 1 Jahr mit der „Bewegung des 16. Juni" einen gewaltigen Aufschwung nahm.

Genosse Chiwara sprach über die Ziele und Fortschritte im Kampf seines Volkes für Unabhängigkeit. Er entlarvte die neuesten Pläne der USA und der westlichen Imperialisten als altbekannte Manöver zur Installierung eines neokolonialen Regimes in Zimbabwe. Und er machte insbesondere klar, wo die Kraft und Stärke liegt, die jegliche Unterdrückung und Knechtung beseitigen wird: im bewaffneten Volk. E.R.

Nordeuropa: Brennpunkt im Kampf der Supermächte

US und SU-Manöver: Supermächte proben den Krieg um Europa

Die Sowjetunion veranstaltete im April 1975 ein Flottenmanöver, das die Abschnürung Europas und die Einkreisung Norwegens probte.
Die US-Flotte führte im September 1976 das Manöver „TEAMWORK“ durch, bei dem Norwegen der Sozialimperialistischen Besetzung überlassen wird und die militärische Sicherung Zentraleuropas verfolgt wird.

Für den Fall eines unmittelbaren militärischen Kräftemessens zwischen den beiden Supermächten im Kampf um die Herrschaft über Europa wird einer der Brennpunkte die Nordflanke Europas sein. Die Sowjetunion hat in der Nähe von Murmansk den größten Flottenstützpunkt der Welt errichtet. Auf der Halbinsel Kola stehen 100.000 sowjetische Soldaten marschbereit; darüber hinaus sind dort 300 bis 400 Kampfeinheiten und Marinedivisionen stationiert. Der US-Imperialismus und die NATO lassen ständig starke Flottenverbände im Nordmeer kreuzen; Truppenstationierungen der NATO haben die norwegischen Volksmassen auf ihrem Boden nicht zugelassen.

Die Manöverübungen der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke zeigen am besten den Charakter ihres Ringens und ihrer Kriegsvorbereitungen um Nordeuropa.

Die neuen Zaren aus der Sowjetunion veranstalteten im April 1975 mit den Warschauer-Pakt-Mächten das Manöver OKEAN 75, das sich vor allem durch die präzise und weltumspannende Planung auszeichnete. Kernstück war eine „Zangengriff-Übung“, die um Norwegen und um ganz Europa herum stattfand.

Die von Murmansk auslaufende Kriegsflotte stationierte ihre verschiedenen Einheiten quer über das Nordmeer und den Nordatlantik. Ein Schiff der Ostseeflotte lief Oresund an und blockierte den Skagerak und die Nordsee. Schiffe der Nordseeflotte bezogen Stellungen entlang der norwegischen Küste.

Aus dem Schwarzen Meer durchquerte eine Flotte den Bosporus und das Mittelmeer und lief in den Atlantik aus, wodurch Europa vom Süden und Südwesten umzingelt war. Um der zu erwartenden US-Marine den Zugang zu Westeuropa abzuschneiden, ging die sowjetische Flotte schließlich weit draußen im Atlantik vor Anker.

Die vollständige Blockierung der Seewege wurde unterstützt durch entsprechende Manöver der Luftwaffe.

Gleichzeitig marschierten große Truppeneinheiten gegen Zentraleuorpa. Und auf Kola übten die sowjetischen Marineinfantristen die Invasion in Norwegen.

Bei dem NATO-Manöver „Teamwork“, das im September 1976 stattfand, beteiligten sich über 250.000 Mann, 1.500 Schiffe und 400 Flugzeuge. Es war das bisher größte dieser Art. Im Vergleich zu früheren Manövern wies es eine wichtige Änderung in der Annahme des „Gegenschlags bei erfolgter Aggression“ auf: Die über den Atlantik kommende (US-)Flotte fuhr nicht Nordnorwegen an, sondern hatte Trondelog im Süden des Landes zum Ziel. Die NATO-Strategen denken also nicht daran, Norwegen gegen die Sozialimperialisten zu „Hilfe“ zu kommen, sondern gehen davon aus, den Gegner in Norwegen bloß aufzuhalten, um sich selbst den „fetten Brokken“ – Zentraleuropa mit seinen Industriegebieten – zu sichern. Um die Sozialimperialisten im Norden abzublocken, überlegen sie den Einsatz von Atomwaffen.

Die Sowjetunion ist vor allem für einen raschen Angriff gerüstet. Zu diesem Zweck braucht sie auch die große Zahl von Langstreckenraketen (1.527) gegenüber denen der USA (1.054). Von den insgesamt 170 Divisionen Landtruppen, über die die Sozialimperialisten befehlen, stehen etwa 100 in Europa: 64 davon im europäischen Teil der Sowjetunion, 31 sind in der DDR, der Rest in Ungarn und der CSSR stationiert.

Die US-Imperialisten haben etwa 200.000 Mann in Europa stehen, 195.000 in der BRD und in Westberlin. Auch Großbritannien, Frankreich und die Niederlande haben Truppen in der BRD. Neben den Stützpunkten in der BRD haben die USA noch einen Luftwaffenstützpunkt in Spanien, ihre 6. Flotte liegt im Mittelmeer mit Neapel als „Heimathafen“. Eine US-Flotte befindet sich im nodwestlichen Atlantik, eine weitere im Stillen Ozean (Angaben nach Institut für Strategische Studien, London).

nach „Klassenkampen“, Zentralorgan der AKP(ML) Norwegen

„Man muß die Ketten zerschmettern, in die die Supermächte die Völker Europas legen wollen“

So wie in Helsinki, so ist auch in Belgrad bei der Fortsetzung der KSZE-Konferenz die Sozialistische Volksrepublik Albanien nicht vertreten. Wir drucken im folgenden Stellungnahmen des Organs der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens, Zeri i Popullit, zur Helsinki-Konferenz aus dem Jahr 1975 ab. Die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) nimmt an der Konferenz nicht teil, weil sie es ablehnt, eine Atmosphäre der „Entspannung“ in Europa und der Welt, die die beiden Supermächte mit der Konferenz schaffen wollen, zu fördern. Mit ihrer Haltung, die sich gegen jede Aussöhnung mit der imperialistischen Aggression richtet, ist die PAA ein Vorbild für alle Völker und Kräfte, die entschlossen sind, gegen den drohenden Krieg und für den Frieden zu kämpfen. (Übersetzungen aus „Albanien heute“, Nr. 3 und 5/1975).

Die Haltung der Partei der Arbeit Albaniens zur KSZE

„Durch diese Konferenz wollen die beiden Supermächte ihre Politik der politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Aggression in Europa legalisieren.

Unter für sie ungünstigen Bedingungen versuchen die imperialistischen Supermächte zu manövrieren.

Sie wollen zeigen, daß sie stark und mächtig sind, daß sie es sind, die das Schicksal der Welt bestimmen können und müssen. Das wollen sie auch durch die Konferenz der „europäischen Sicherheit“ erreichen. Dort wollen sie ihre Demagogie aufbauschen, um gefährliche pazifistische Illusionen zu säen, um den Geist der Gleichgültigkeit zu verbreiten und die Wachsamkeit der europäischen Völker zu schwächen.

Vom Gesichtspunkt der Interessen der europäischen Länder aus gesehen, ist diese Konferenz über die „europäische Sicherheit“ im wesentlichen schon längst gescheitert. Diese Konferenz, die von beiden Supermächten mit großem Aufsehen und demagogischen Versprechungen begonnen wurde, hat sich jetzt auch formal, wie zu erwarten war, in eine verrufene diplomatische Machenschaft verwandelt. Das Leben hat sehr gut bewiesen, wie richtig die Warnungen der Volksrepublik Albanien waren, daß diese Konferenz in Wirklichkeit niemals eine Konferenz zwischen den Ländern Europas sein würde, sondern eine Konferenz zwischen den beiden imperialistischen Supermächten und ihren aggressiven Blöcken, der NATO und dem Warschauer Pakt, daß sie niemals als ein Forum dienen werde, auf dem die europäischen Staaten die Möglichkeiten haben könnten, ihre Ansichten vollkommen frei und gleichberechtigt zu äußern und daß die Länder Europas von den beiden Supermächten immer vor vollendete Tatsachen gestellt und ihrem Druck ausgesetzt sein würden, das zu billigen, was vorher in Moskau und Washington ausgehandelt worden ist.“

Friede und Sicherheit in Europa können kein Geschenk der Supermächte sein.

„Die wirkliche Entspannung, das Bannen der Kriegsgefahr, können nicht durch Illusionen und Hoffnungen erlangt werden, die auf der „Vernunft“ und dem „Realismus“ der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten beruhen. Dieses Ziel können nur die Völker selbst erreichen, wenn sie die Expansions- und Hegemoniepolitik der Supermächte bekämpfen, ihre diplomatischen Schwindelmanöver entlarven und durchkreuzen, die von ihnen verbreitete falsche Friedenspsychose vereiteln, den Willen zur Verteidigung der Freiheit und der nationalen Würde der unabhängigen Völker und Staaten verstärken und vor allem den revolutionären Geist und die internationale Solidarität des Proletariats und der Werktätigen aller Welt festigen.

In seiner Rede vor den Wählern am 3. Oktober vorigen Jahres sagte Genosse Enver Hoxha:

„Worin liegt die Sicherheit der Völker Europas oder der Völker der Welt? In den offenen oder geheimnisvollen Reisen, die ein gewisser Kissinger oder ein gewisser Gromyko unternimmt, oder in den Schachereien eines Breschnew, der das Blut des Sowjetvolkes und anderer Völker fließen läßt, in den Reisen eines Nixon, der die Welt in Blut erstickt und die amerikanische Mafia in dem äußerst schändlichen, ganz Amerika erschütternden Watergate-Skandal anführte? Ihnen soll man es überlassen, die Zukunft der Welt zu sichern? Das wäre eine schöne Zukunft! Wer natürlich tragischen Illusionisten glaubt, dem steht es frei, zu den Konferenzen von Wien, Helsinki oder sonstwohin zu gehen. Mögen sie miteinander palavern. Auch uns aber steht es frei, nicht zu diesen Konferenzen zu gehen, und wir gehen auch nicht hin. Auf diesen Beratungen und Konferenzen fehlen nicht nur wir, sondern auch die Völker. Das zählt für uns.“

Diese eindeutige Haltung unserer Partei, unserer Regierung und unseres Volkes zu der europäischen Sicherheit entspricht den hohen Interessen nicht nur Albaniens, sondern auch der Sache der Festigung des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Offen und aufrichtig haben wir darauf hingewiesen, daß sich die souveränen Staaten auf keinen Fall von den Plänen der Revisionisten ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, weil diese Pläne ihrer nationalen Souveränität und der Sicherheit der Völker schaden.“

Große Erfolge beim Aufbau Kampucheas

Seit über zwei Jahren ist Kambodscha in den Händen des kambodschanischen Volkes. Grund genug für die Imperialisten, die sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden wollen und darauf hoffen, daß sich das Rad der Geschichte zurückdreht, Schauermärchen über das Demokratische Kampuchea zu verbreiten. „Chaos" solle in Kambodscha herrschen. Chaos herrscht für die Imperialisten überall dort, wo nicht eine kleine Minderheit von Ausbeutern die große Mehrheit unterdrückt, wo die Arbeiter und Bauern selbst das Land regieren und nach den Bedürfnissen des Volkes verwalten – nicht nach denen des Profits und der Imperialisten. Sogar das alte Märchen vom kinderfressenden Kommunisten – leicht abgewandelt zum Schlächter aller Intellektuellen und jedes Menschen der lesen und schreiben kann – haben sie ausgegraben um die Macht der Arbeiter und Bauern in Kambodscha zu verketzern. Zu Recht zittern sie davor, daß das Beispiel Schule machen könnte. Das kambodschanische Volk hat in den letzten zwei Jahren durch seine großartigen Erfolge bewiesen, was ein vom Joch des Imperialismus befreites Volk zuwege bringt, wenn es sich auf den revolutionären Geist der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft stützt.



Ein neues Bildungssystem der Verbindung von Theorie und Praxis ist eingeführt worden. Hier eine neue Polytechnische Schule in Phnom Penh, deren Schüler meist aus der Armee kommen.

Die US-Aggressoren ließen ein durch ihren Aggressionskrieg verwüstetes Land zurück. Fabriken und andere Unternehmen waren fast alle außer Betrieb, die Landwirtschaft war schwer beeinträchtigt, Millionen Menschen in Phnom Penh hungerten.

Was hat sich in diesen zwei Jahren, in denen die Arbeiter und Bauern das Land beherrschen, geändert?

Die Selbstversorgung mit Getreide erreicht

Bereits nach einem Jahr konnte sich Kampuchea selbst mit Getreide versorgen, 1977 brachte eine neue Reisernte, die über die Selbstversorgung hinausging. Unter der Führung der revolutionären Organisation von Kampuchea kam es zu gewaltigen Anstrengungen, um diese Ernten zu erreichen. Große Massenbewegungen, besonders die Bewegung zur Kontrolle des Wassers, machten diese erst möglich. Überall im Land wurden Kanäle, Deiche, Reservoirs und Staubecken errichtet. So arbeiteten zehntausende Menschen bei der Restauration und dem Neubau des Baray Tuk Rap Reservoirs am Rande der Stadt Siem Reap, das mit seiner Länge von 8 km und Breite von 2½ km 130 Mill. Kubikmeter Wasser faßt. Dieses Wasser wird über die Kanäle zu den großen Reis- oder Kornfeldern gebracht, die heute die zersplitterten Kleinparzellen von damals ersetzen.

Die Parole lautet: „Verändert Berge und Flüsse Kampucheas! Wasser bringt uns den Reis und Reis bringt uns alles! Seid die Herren des Wassers!" Heute kann bereits etwa ein Drittel des kultivierten Landes in Kampuchea bewässert werden.

Auch die Bewegung zur Produktion von natürlichem Dünger, zur Erneuerung und Erfindung im Bereich des Anbaus, haben das Aussehen des Landes komplett verändert. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in allen Dörfern Kambodschas errichtet wurden, erschließen immer mehr neues Land und steigern den Ertrag pro Einheit von Ernte zu Ernte. Auf ungefähr zwei Zehnteln der Reisfelder werden bereits zwei Ernten jährlich eingebracht.

Entwicklung der Industrie zur Unterstützung der Landwirtschaft und für die Bedürfnisse der Volksmassen

Die revolutionäre Organisation von Kampuchea verfolgt das Prinzip, die Landwirtschaft als Grundlage des Wiederaufbaus zu nehmen und die Entwicklung der Industrie zu fördern. Eine chinesische Journalistendelegation berichtet von ihrem Besuch bei einer Maschinenfabrik in Phnom Penh. Diese Fabrik ist ein mittelgroßer Betrieb mit einem Schmelzofen und mehreren Werkzeugmaschinen. Er produziert jetzt Pumpen und Sägen. Zu Beginn gab es nur ein paar Werkstätten, in denen alle Maschinen gesammelt wurden. Nun sind sie alle in Betrieb und die selbstgebauten Maschinen gehen in den Einsatz bei den Bauern.

„Wir bemerkten den Enthusiasmus, mit dem die Maschinenarbeiter arbeiteten, und wir waren beeindruckt von den säuberlich aufgereihten und fertig zusammengesetzten Pumpen und Sägemaschinen verschiedenen Typs. Unsere Gastgeber erklärten uns: 'Pumpen sind im Augenblick von großer Bedeutung und als das Siem-Reap-Gebiet neulich von einer großen Dürre betroffen war, lieferten wir die Pumpen in kurzer Zeit, so daß die Verluste so gering wie möglich waren.'"

Großer Wert wird auch auf die Entwicklung der Kleinindustrie gelegt, um die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Durch das Ansteigen der Kleinindustrie wird auch ein Fonds für die Entwicklung der Schwerindustrie gebildet. Bis Mitte Dezember vorigen Jahres sind fast 200 Fabriken und Werkstätten instandgesetzt worden und haben die Produktion wieder aufgenommen.

„Eine neue Generation der kambodschanischen Arbeiter gewinnt in der Entwicklung der nationalen Industrie an Stärke. Die meisten von ihnen kommen aus der revolutionären Armee und sind der Revolution treu ergeben. Sie arbeiten bewußt und gewissenhaft und erhöhen ständig ihre Fertigkeiten." Um die Arbeiter zu schulen und sie zu ermutigen, durch ihre Arbeit zu lernen, hat die revolutionäre Organisation von Kampuchea überall im Land neue technische Schulen errichtet. Das Studium wird hier mit der praktischen Anwendung verbunden.

Ieng Sary, der Stellvertretende Ministerpräsident für auswärtige Angelegenheiten, sagte auf einer Neujahrsansprache: „Die ersten Resultate dieser großen, starken und feurigen Massenbewegungen bekräftigen unseren Glauben in die ausgezeichnete Zukunft unseres Volkes und unserer Nation. Wir halten alle diese von unserem Volk bei der nationalen Verteidigung und beim Wiederaufbau errungenen Resultate in diesem neuen Stadium der Revolution in Kampuchea für einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Sache der Weltrevolution und des Kampfs aller friedens- und gerechtigkeitsliebenden Völker."

M.H.

Neue Verdienste der revolutionären Armee

Im Dezember 1976 besuchte eine chinesische Journalistendelegation das Demokratische Kampuchea. Wir drucken im folgenden einen Bericht eines Mitglieds dieser Delegation ab, der in der „Peking Rundschau" 17/77 veröffentlicht wurde. Red.

Die revolutionäre Armee von Kampuchea ist eine in den Stürmen des Kampfes entstandene und herangewachsene Volksarmee. Sie hat sich im nationalen Befreiungskrieg große Verdienste erworben. Nach der Befreiung des ganzen Landes hat sie aktiv an der Verteidigung und dem Aufbau des Landes teilgenommen.

Das Gewehr in der einen, die Hacke in der anderen Hand

Wir besuchten die in einer Vorstadt von Phnom Penh gelegene Farm einer Truppeneinheit der revolutionären Armee, die zum Schutze der Hauptstadt dort stationiert ist. Der für die Verteidigungsangelegenheiten verantwortliche stellvertretende Ministerpräsident Son Sen empfing uns und begleitete uns beim Besuch. Er sagte uns, die revolutionäre Organisation von Kampuchea hätte, damit die revolutionäre Armee den entschlossenen Standpunkt der werktätigen Massen beibehalte und sich nie von den Volksmassen entfernen werde, festgelegt, daß sie gemeinsam mit den Volksmassen an der Produktionsarbeit teilnehmen müsse und sich im Jahre 1976 selbst mit Getreide versorgen solle, um dem Volk nicht zur Last zu fallen. Er sagte weiter, daß die revolutionäre Armee sich jetzt, nach einem Jahr harter Arbeit, im großen und ganzen selbst mit Getreide versorge.

Wir besichtigten eine Pumpstation in der Farm. Vor einer mit Holzkohle betriebenen Wasserpumpe erklärten uns einige Kämpfer, daß diese Wasserpumpe aus folgenden drei Teilen bestehe: einem selbst gemachten einfachen Ofen, einer Reihe von Luftfiltern aus amerikanischen Bombenhülsen und einem aus einem zerstörten amerikanischen Kriegswagen ausgebauten Motor. Wir bewunderten diese Kämpfer sehr, die früher auf dem Schlachtfeld geschickt die Feinde töteten und heute an der Produktionsfront ihre Klugheit und Schöpferkraft weiter entfalten.

In der brennenden Sonne mähten die Kämpfer auf den Reisfeldern. Sie gehörten zu einer Truppeneinheit aus dem Osten, aus der Provinz Svay Rieng. Im Krieg haben sie sich in der Region Svay Rieng immer wieder Verdienste erworben. In einem Gegenangriff gegen die eindringenden südvietnamesischen Marionettentruppen zerstörten sie 15 feindliche Panzer. Die eigenartigen Sicheln, die die Kämpfer jetzt benutzen, haben sie in den Kampfpausen aus amerikanischen Kanonenkugelhülsen nach der althergebrachten Form der von den dortigen Bauern benutzten Sicheln gefertigt. Bei der Befreiung von Phnom Penh brachten die Truppen die Sicheln mit. Dies machte uns klar, daß die revolutionäre Armee in den Kriegsjahren Kampftruppe und Produktionstruppe zugleich war. Die revolutionäre Armee war nicht nur in der Lage, den Krieg zu führen, sondern auch, unter den Massen zu arbeiten und half auch den Volksmassen beim Aufbau in den Stützpunktgebieten.

Dank der Anstrengungen des Volkes und der revolutionären Armee von Kampuchea hat Kampuchea jetzt nicht nur die Ernährungsfrage seines Volkes gelöst, sondern kann auch einen Teil seines Getreides exportieren.

Der Revolution und dem Volk treu

Die Delegation besuchte den Stationierungsort einer Truppeneinheit. Ursprünglich war hier Dschungelgebiet. Jetzt stehen schöne Pfahlbauten an schattigen Plätzen, in der Umgebung liegen Gärten mit Ananas-, Orangen- und Bananenbäumen sowie Süßkartoffeln, Manioks und anderen Kürbis- und Gemüsesorten. In einiger Ferne breiten sich Reisfelder vor unserem Blick aus, und einige Kämpfer sind mit der Urbarmachung von Land beschäftigt.

Wir lernten einen Kämpfer kennen, der während des Ereignisses „Mayaguez" bei der Insel Tang tapfer gegen die amerikanischen Eindringlinge gekämpft hatte.

Er beschrieb uns ausführlich, wie am Vormittag des 15. Mai 1975 die USA Marine, Luftwaffe und Marineinfanterie formierten, um in Tang einzugreifen, und wie die Truppeneinheit für Küstenverteidigung einen mutigen Gegenangriff führte. In diesem Gefecht hatte die Küstenwacht über 30 Soldaten der US-Marineinfanterie außer Gefecht gesetzt und fünf Hubschrauber abgeschossen. Der Kämpfer versicherte uns mit Entschlossenheit: „Das Volk von Kampuchea hat die Unverletzlichkeit seines geheiligten Territoriums und seine Souveränität tapfer verteidigt und wird in der Zukunft einen entschlossenen Kampf zum Schutz dieser seiner Rechte führen, bis alle Aggressoren vernichtet sind.

Die revolutionäre Armee von Kampuchea hält treu zur Revolution und zum Volk. Diese hohe Moral bewegte uns tief. Die Armee trägt in immer größerem Maße zur Verwandlung Kampucheas in ein starkes Land bei.

(gekürzt)

Kampuchea legt diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion still

Der letzte kambodschanische Diplomat verließ vor kurzem Moskau, damit ist die letzte diplomatische Verbindung zwischen dem Demokratischen Kampuchea und den neuen Zaren im Kreml abgebrochen. Das ist die klare Antwort der kambodschanischen Regierung auf die andauernden Versuche der Sozialimperialisten, im neuen Kambodscha Fuß zu fassen und sich an die Stelle der US-Imperialisten zu setzen.

In der letzten Zeit hatten sie z.B. die kambodschanische Regierung gedrängt, ihnen eine Liste von Industrieprojekten zu unterbreiten, bei deren Verwirklichung die Sowjetunion „helfen" könne. Daß die „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion aber nur zur Abhängigkeit und neuerlichen Ausplünderung führt, zeigt sich heute in vielen Ländern der Dritten Welt. Wie hinterhältig die Sozialimperialisten vorgehen, wenn sie in einer Region Einfluß gewinnen wollen, weiß gerade das Volk von Kambodscha sehr genau: Als es Phnom Penh befreite, vertrieb es mit den westlichen auch die Diplomaten der Sowjetunion, die bis zum Ende die verräterische Lon-Nol-Clique anerkannt und die Königliche Regierung Kambodschas als „Exilregierung" verhöhnt hatte.

Auch wenn der Sozialimperialismus wild um sich schlägt – das angolanische Volk wird sich auf jeden Fall befreien!

Bekanntlich ist es dem russischen Sozialimperialismus 1975 gelungen, den Befreiungskampf des angolanischen Volkes gegen das portugiesische Kolonialregime zu spalten und sich selbst an die Stelle der portugiesischen Kolonialisten zu setzen. Es ist ihm gelungen, indem er die dem gemeinsamen Ziel der nationalen Befreiung Angolas untergeordneten Differenzen zwischen den drei Befreiungsorganisationen MPLA, FNLA und UNITA systematisch schürte, alle Einigungsbestrebungen zwischen den drei Organisationen torpedierte, eine, die MPLA, als „einzig wahre Befreiungskraft" hochjubelte und die beiden anderen als „Agenten des Imperialismus" verteufelte.

Es ist ihm gelungen, sich die MPLA-Führung zu unterwerfen und sie in den Bürgerkrieg gegen die anderen Befreiungsorganisationen zu hetzen. Die Sozialimperialisten „unterstützten" sodann diesen Bürgerkrieg mit schweren Waffen incl. russischen und ostdeutschen Bedienungsmannschaften sowie mit einer Söldnertruppe von 15.000 kubanischen Soldaten, die sich alsbald in der Rolle der neuen Herren wohl zu fühlen begannen.

Die angolanische Revolution, deren nächstes Ziel die nationale Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus und der Aufbau eines unabhängigen und freien Angolas war, hat durch dieses Verbrechen des Sozialimperialismus eine Niederlage erlitten.

Aber der Widerstand des angolanischen Volkes und sein Drang nach Einheit im Kampf um die völlige nationale Befreiung ist nicht gebrochen, sondern beginnt auch den neuen Herren immer stärker zuzusetzen.

Der Sozialimperialismus ist sich seiner Herrschaft nicht mehr sicher

Unwiderruflich vorbei sind die Zeiten für die sowjetischen und kubanischen „Befreier", wo sie sich zumindest eines Teils der MPLA sicher sein konnten. Gab es schon am Beginn der masiven Einmischungs- und Einschüchterungsversuche des Sozialimperialismus gegenüber der MPLA eine Reihe von MPLA-Kadern, die sich gegen die Unterwerfung unter das russische Oberkommando zur Wehr setzten, so sind heute die Widersprüche zwischen der Besatzungsmacht und großen Teilen der MPLA derart zugespitzt, daß die Sozialimperialisten bereits zu Mitteln wie Putsch und Erschießung führender MPLA-Kader greifen müssen, um die Macht in der Hand zu behalten.

Am 27. Mai 1977 starteten zwei besonders eng mit der russisch-kubanischen Besatzungsmacht zusammenarbeitende frühere Regierungsmitglieder der MPLA-Regierung, Nito Alves und Josi van Dunem, einen Putsch mit dem Ziel, den Staatsapparat und die Regierung noch stärker unter das sozialimperialistische Joch zu pressen.

Alves war zuvor Innenminister und Chef der von DDR-„Spezialisten" ausgebildeten Geheimpolizei gewesen. Er war selbst jahrelang in Moskau ausgebildet worden und galt als Sprachrohr der Sowjetunion in der MPLA-Regierung. Die beiden Putschistenführer waren erst vor wenigen Tagen aus der MPLA ausgeschlossen worden. Wie selbst die „Volksstimme" am 28.5. melden mußte, hatten sie sich besonders aggressiv gegen die Interessen der angolanischen Bauern gewendet, die heute von den sowjetischen Oberherren und den kubanischen Besatzungstruppen in Angola mit Füßen getreten werden.

Als es 1975 zu Auseinandersetzungen über die massive prosowjetische Subversionstätigkeit in der MPLA kam, in deren Verlauf alte Patrioten wie der Ehrenvorsitzende der MPLA, Pinto de Andrade, wegen ihres Bestehens auf der nationalen Unabhängigkeit verhaftet wurden, appellierte Neto an die „Volkseinheit", während Alves erklärte, daß „alle, von denen man erfährt, daß sie in den Reihen der Kommunistischen Organisation Angolas (OCA) und der Rivolta Activa kämpften (zwei revolutionäre, patriotische und antisozialimperialistische Abspaltungen der MPLA, d.-Red.) unmittelbar verhaftet werden müssen."

Welche Widersprüche es bereits zwischen der russisch-kubanischen Besatzermacht und der MPLA heute gibt, sieht man recht deutlich an Agostinho Neto, der vor nicht allzulanger Zeit noch ein offener und eifriger Protagonist der sozialimperialistischen Präsenz in Angola war. Agostinho Neto erklärte zwar nach diesen Ereignissen, sie würden in keiner Weise Einfluß auf die Beziehungen zur Sowjetunion und Kuba haben. Doch es scheint so, daß auch Neto nicht mehr länger gewillt ist, diese Unterwerfung vollständig hinzunehmen.

Der sozialimperialistische Putschversuch sollte die Herrschaft der Sowjetunion über Angola festigen

Drei Ziele verfolgte und verfolgt die Sowjetunion mit ihrer Herrschaft über Angola:

- das Volk Angolas auszubeuten und sich an seinen großen Naturschätzen zu bereichern;
- den Einfluß in Angola und auf die MPLA-Regierung auszunutzen, um die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Azania („Rhodesien" und „Südafrika") und Namibia zu infiltrieren und unter ihren Einfluß zu bekommen; sowie um die afrikanischen „Frontstaaten" neben Angola: Mozambique, Tanzania, Botswana und Zambia zu spalten, ihre Völker und Regierungen zu desorientieren und ihren Plänen gefügig zu machen, und somit die Einheit der afrikanischen Länder der OAU insgesamt zu unterhöhlen;
- und schließlich Angola als Sprungbrett für weitere militärische Aggressionen für ihren Griff auf das gesamte südliche Afrika zu verwenden, das von seiner wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung her einen wichtigen Platz in dem Ringen der Sowjetunion mit der anderen Supermacht USA um die Weltherrschaft und um Europa einnimmt.

Um diese Ziele durchsetzen zu können, hat die Sowjetunion Angola zu ihrer Halbkolonie gemacht und wehrt sich mit Zähnen und Klauen gegen eine Schwächung ihrer Herrschaft. Dem sollte auch der Putsch dienen. Daß er gescheitert ist, bringt günstige Bedingungen für den angolanischen Befreiungskampf. Die Widersprüche zwischen der Besatzungsmacht und dem angolanischen Volk werden zwangsläufig immer stärker.

Wer sich wie ein Kolonialist aufführt, wird auch wie ein solcher enden!

Auch in Österreich gibt es eine ganze Reihe von Kräften, die sich über solche Machenschaften und Verbrechen, wie die des Sozialimperialismus in Angola, freuen und sie als vorbildlich hinzustellen versuchen. In der Regel treten sie als Funktionäre von KPÖ, KSV und anderer revisionistischer Organisationen an den Tag. Auch die diversen trotzkistischen Gruppierungen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen vertreten eine solche Haltung.

Die Sozialimperialisten haben in Angola die Rolle neuer Kolonialherren eingenommen. Das sieht man recht deutlich, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung Angolas unter dem Joch der Fremdherrschaft untersucht:

1972, noch unter der alten Kolonialherrschaft, waren die Hauptexportgüter Angolas Kaffee (27,4 % des Exports), Erdöl (25,4%) und Diamanten (11,3 %). In den zwei Jahren danach hat die Ausrichtung der angolanischen Wirtschaft auf die Plünderung und den Export dieser Produkte noch zugenommen, die den Imperialisten der USA und Westeuropas diente.

Heute ist die Situation nicht anders, nur daß die Sowjetunion militärisch und in Schlüsselstellen der Wirtschaft den Platz ihrer Vorgänger eingenommen hat.

Gestützt auf die Bajonette ihrer kubanischen Söldner hat die SU Angola einen versklavenden „Freundschafts- und Beistandsvertrag" aufgezwungen. Bekannt ist, daß 1976 Angola seinen Kaffee der SU um bloß 38 % der Weltmarktpreise verkaufen mußte, um seine Schulden für russische Waffenlieferungen abzuzahlen. Die logische Folge davon ist, daß Angola zu noch verstärkterem Kaffeeanbau gezwungen ist. Es kann sich daher nicht vom kolonialen Erbe lösen und eine unabhängige und diversifizierte Landwirtschaft aufbauen. Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf wenige Produkte und die Verschuldung des Landes zwingen Angola zu starken Importen aus Osteuropa und verhindern den Aufbau einer eigenständigen Leichtindustrie. Wurden früher die reichen Fischgründe von den Portugiesen geplündert, so sind es heute die sowjetischen Fischfangverbände. Die SU nutzt die Tatsache aus, daß Angola keine eigene Fischfangflotte besitzt und zwingt es, seine eigenen Fische - früher ein Grundnahrungsmittel in Angola - zu hohen Preisen von der SU zurückzukaufen.

Es ist allgemein bekannt, die die Sozialimperialisten zur Anzettelung des Bürgerkriegs in Angola die UNITA und FNLA als „vom CIA gesteurt" und „vom US-Imperialismus ausgehalten" verteufelt und den Bürgerkrieg und die eigene Intervention als Rettung vor der Auslieferung Angolas an den US-Imperialismus hochjubelten. In Wahrheit hat gerade der Bürgerkrieg und die Intervention des Sozialimperialismus verhindert, daß Angola auch von der Ausplünderung durch den US-Imperialismus befreit wurde. Heute plündert die amerikanische Gulf Oil nach wie vor die Erdölressourcen von Cabinda, geschützt von den sozialimperialistischen Agenten und ihren kubanischen Söldnern. Während die Sozialimperialisten mit den USA scharf um die orherrschaft in Afrika rivalisieren, kollaborieren sie hier bestens in der Ausplünderung des angolanischen Volkes. Selbst ökonomisch zu schwach, um Angola eine neokoloniale Herrschaft aufzuzwingen, nutzt der Sozialimperialismus seine weitgehende Kontrolle über den angolanischen Staatsapparat und seine militärische Präsenz, um sich in Angola mit dem US-Imperialismus in den Raub der Grundrente zu teilen.

Aber auch unter diesen Umständen hat jeder wirkliche Freund des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes Grund zur Freude: Die Besatzermächte isolieren sich täglich mehr, die Einheit des ganzen Volkes erstarkt und der Sieg ist gewiß.

Unterstützung des angolanischen Befreiungskampfes ist nur möglich im Kampf gegen Sozialimperialismus und Revisionismus im eigenen Land!

Erzielen die Völker Fortschritte im selbständigen Kampf, so ist dies allen denen ein Dorn im Auge, die andere Ziele verfolgen als die Völker selbst. Die Revisionisten erklärten anläßlich der Gespräche Mondale-Vorster in Wien auf einer Veranstaltung an der Wiener Universität, sie würden in der nächsten Zeit ihre „Unterstützung" für die Völker im südlichen Afrika verstärken. Man kann sich also auf einiges gefaßt machen, was Spaltung, Lügen und Verdrehungen betrifft.

In bezug auf Angola versuchen sie die Solidaritätsbewegung auf den Sozialimperialismus einzuschwören. Das gelingt ihnen immer weniger, genauso wie es dem Sozialimperialismus in Angola selbst immer weniger gelingt, seine Verbrechen ungestraft durchzuführen.

Heute steht die Masse der angolanischen Bauern, die Arbeiter und alle übrigen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Landes dem kubanisch-sowjetischen Militärapparat frontal gegenüber.

Im letzten Jahr hat eine Reihe von Streikkämpfen und Auseinandersetzungen mit den kubanischen Söldnern und dem von den Sozialimperialisten kontrollierten Polizeiapparat das Land erschüttert. Neue Organisationen des Widerstands sind aus den kämpfen hervorgegangen. Auch die UNITA setzt ihren Kampf gegen die neuen Kolonialherren und Besatzer fort. Savimbi, Führer der UNITA, sagt über diese Armee: „Jedem Guerillasoldaten ist es verboten, von irgendwelchen Maniokfeldern auch nur eine einzige Wurzel herauszuziehen, ohne den Besitzer zu fragen. Keine Hütte darf in den Dörfern ohne Erlaubnis der Bewohner betreten werden, und zwar ganz gleichgültig, ob es sich um ein UNITA-Dorf oder um ein anderes handelt. Lebensmittel müssen in jedem Fall von den Guerillas bezahlt werden, wenn die Verpflegung nicht ausdrücklich von den Landbewohnern geschenkt wird." (Kleine Zeitung, Jänner 77) Um sich eng mit dem Volk zu verbinden und nationale Einheit zu ermöglichen, richtet die UNITA den militärischen Hauptstoß auf die kubanischen Truppen, deren Großeinsätze zu Beginn des Jahres ihnen nur empfindliche Niederlagen einbrachten. Die UNITA ist bereit, mit MPLA und FNLA eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, wenn die Russen und Kubaner gezwungen werden, das Land zu verlassen, denn nur „ohne jede ausländische Einmischung kann das Volk seine Probleme lösen." Daher verläßt sich das angolanische Volk auch nicht auf die andere Supermacht. „Wir wollen keinen einzigen amerikanischen Soldaten in Angola - unseren Kampf müssen wir Angolesen allein durchsetzen." (Savimbi)

Dem Sozialimperialismus wird es genauso ergehen wie den portugiesischen Kolonialisten: Er wird scheitern am Drang des angolanischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit. Auch wenn heute noch 15.000 kubanische Söldner das Land kontrollieren. Auch wenn sich die US-Imperialisten „großzügig" bereit erklärt haben, den „Status Quo" in Angola zu akzeptieren.

G.Sch.

„Viele können viel erreichen, das Atomprogramm muß weichen!"
Bericht vom Aufmarsch in Zwentendorf am 12. Juni 1977





Aus allen Teilen Österreichs, zum Teil schon am Abend vor dem Aufmarsch, kommen in Tulln die AKW-Gegner an. Wie auf dem rechten Bild die beiden Tullner, kommen viele Ortsansässige schon vor der Samstagabend-Kundgebung, um mit den AKW-Gegner zu sprechen.



Die Kundgebung am Sonntag vormittag faßt nochmals die Ziele des Aufmarsches zusammen. So verbinden sich die tausenden Menschen aus ganz Österreich zu einem einheitlichen, geordneten Demonstrationszug.



Der Zentrale Informations- und Literaturstand des KB Österreichs, am Tullner Kundgebungsplatz.(links) Die Menschen, die in der AKW-Frage in Bewegung kamen, zeigten ein reges Interesse an allen Publikationen des KB, den Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus und an den Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Ländern.



Die Zwentendorfer Bevölkerung trägt mit ihrer Unterstützung viel zum Erfolg des Aufmarsches bei. Indem sie spontan die Demonstranten mit Wasser versorgt, können schlechte Bedingungen in gute verwandelt, kann die drückende Hitze besiegt werden.

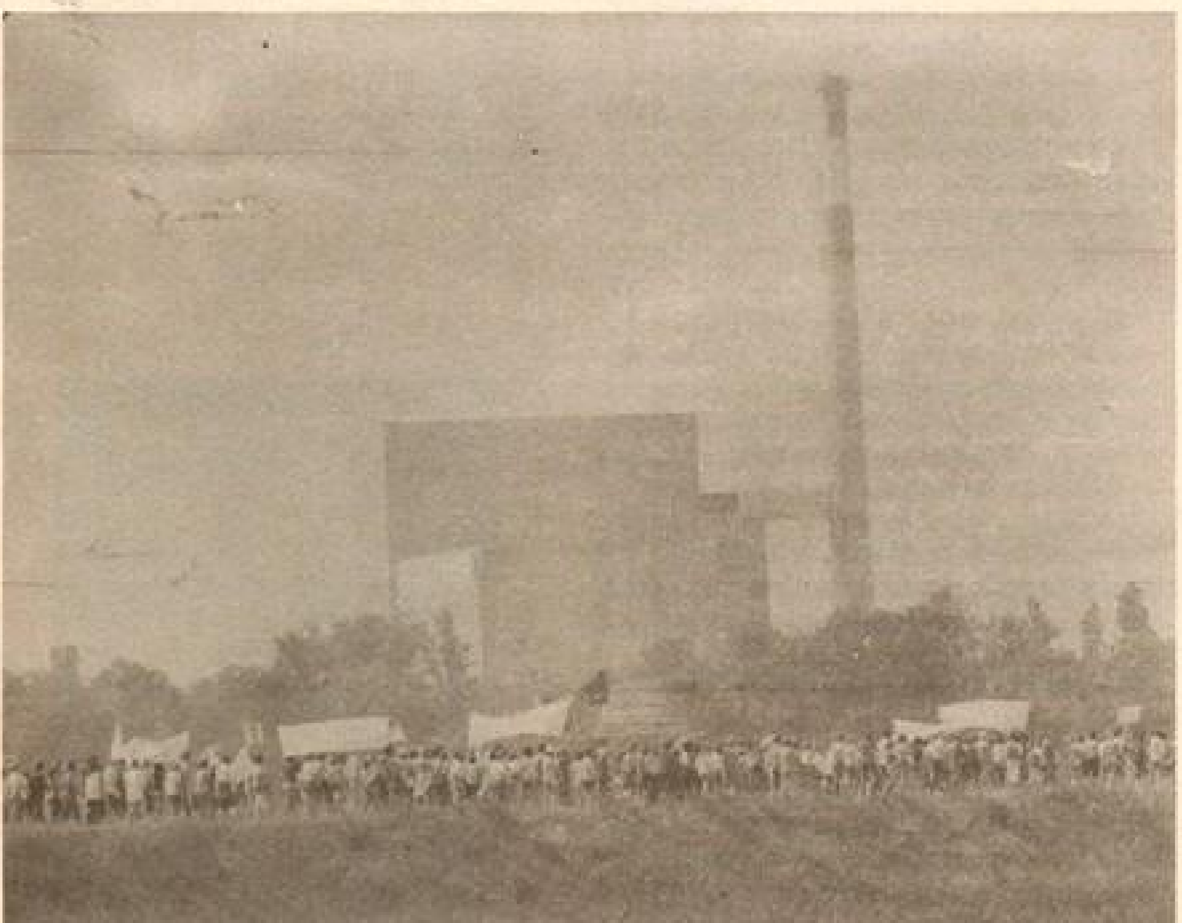


Der kilometerlange Zug auf dem letzten Stück zwischen Zwentendorf und der AKW-Baustelle. Das untere Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Waldviertler Block.

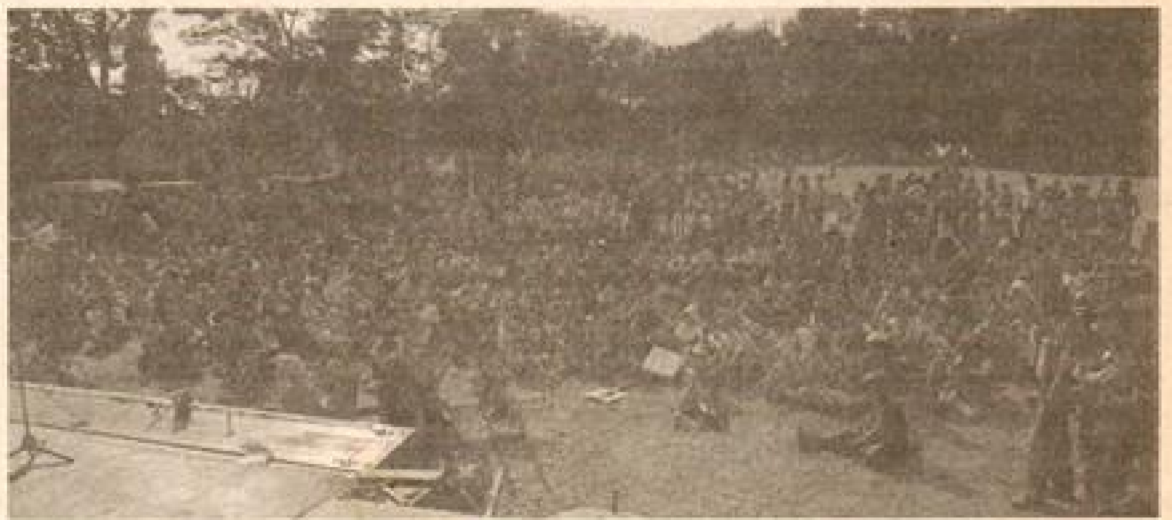


Der Demonstrationszug in der Tullner Innenstadt. er ist gegliedert nach Bundesländern, Landesteilen, Städten, Ortschaften. Besonders starke Abteilungen bilden die Tiroler, die Vorar lberger und die Waldviertler. Ein eigener Block aus dem Tullnerfeld bildet die Spitze des Zuges. Links die Musikkapelle der Vorarelberger.





Am Höhepunkt der Demonstration ziehen die AKW-Gegner am AKW-Zwentendorf vorbei. Es ist durch hohe Zäune nach allen Richtungen, sogar gegen das Donauufer abgesichert. Hinter den Zäunen stehen Gendarmerie-Posten, auf der Donau patroullieren Polizeiboote. Für diesmal hat es der Staat jedoch vorgezogen, den Großteil seiner Schutztruppen vor den Massen versteckt zu halten.



Die Schlußkundgebung findet wieder in Zwentendorf statt, nachdem alle Demonstranten wieder eingelangt sind. In einer Resolution erklären die AKW-Gegner nochmals die Gründe für den Aufmarsch und umreißen die nächsten Ziele der Bewegung. Gut organisiert und geordnet treten die Demonstranten in kämpferischer Stimmung am Abend die Heimreise an.